

# Deutsche Demokratische Republik

aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie

Die **Deutsche Demokratische Republik (DDR)** war ein Staat in Mitteleuropa und bestand von 1949 bis 1990.

Die Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone („SBZ“) erfolgte vier Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges auf Betreiben der Sowjetunion, nachdem zuvor mit Unterstützung der drei West-Alliierten auf dem Gebiet ihrer Besatzungszonen („Trizone“) die Bundesrepublik Deutschland gegründet worden war.

Der Aufbau der DDR wurde maßgeblich durch die Gruppe Ulbricht bestimmt, welche die Rückendeckung Josef Stalins hatte. Im staatlichen Selbstverständnis nach 1952 wurde die DDR als erster deutscher „sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern“ charakterisiert. Insbesondere nach dem Mauerbau 1961 wurden anfänglich enthaltene föderale und demokratische Elemente im Staatsaufbau aufgegeben und der „Aufbau des Sozialismus“ nach den Vorgaben der SED als „marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse“ zunehmend autoritär und zentralistisch durchgeführt.

Die friedliche Revolution<sup>[6]</sup> 1989/90 markierte das wirtschaftliche und politische Scheitern der DDR. Die 1990 erstmals frei gewählte Volkskammer beschloss die Wiederherstellung von ostdeutschen Ländern und den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland als einen Akt der Selbstbestimmung<sup>[7]</sup>. Die Existenz der DDR wurde damit zum 3. Oktober 1990 mit der Deutschen Wiedervereinigung beendet.

## Inhaltsverzeichnis

- 1 Geografie
- 2 Bevölkerung
  - 2.1 Einwohner
  - 2.2 Sprache
    - 2.2.1 Deutsche Sprache in der DDR von Nord nach Süd
    - 2.2.2 Dialekte in den DDR-Bezirken
  - 2.3 Religion
- 3 Staatssymbole
- 4 Geschichte
  - 4.1 DDR als sozialistischer deutscher Staat von 1949 bis 1989
    - 4.1.1 Politik und Wirtschaft 1952 bis 1961
    - 4.1.2 Vom Bau der Mauer 1961 bis zu ihrem Fall 1989
  - 4.2 Politische Wende und Beitritt zur Bundesrepublik (1989/1990)
- 5 Politik
  - 5.1 Verfassung
  - 5.2 Rechtssystem
  - 5.3 Parteien
  - 5.4 Öffentlichkeit und politische Auseinandersetzungen
  - 5.5 Politische Opposition und Widerstand
  - 5.6 Außen- und Entwicklungspolitik
    - 5.6.1 Grundlegende Motive
    - 5.6.2 Einbindung in internationale Organisationen
    - 5.6.3 Offensive in Afrika
    - 5.6.4 Außenpolitischer Umbruch in den 1970er Jahren
    - 5.6.5 Mangel an außenpolitischer Debatte und Scheitern strategischer Projekte
  - 5.7 Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland
  - 5.8 Sicherheitspolitik
    - 5.8.1 Sowjetische Streitkräfte in der DDR
    - 5.8.2 Nationale Volksarmee
    - 5.8.3 Grenztruppen
    - 5.8.4 Weitere Sicherheitskräfte
  - 5.9 Frauen- und Familienpolitik
- 6 Verwaltungsgliederung
- 7 Wirtschaft

## Deutsche Demokratische Republik



Flagge



Wappen

<b>Amtssprache</b>	Deutsch
<b>Hauptstadt</b>	Berlin <sup>[1]</sup>
<b>Staatsform</b>	Volksrepublik
<b>Staatsoberhaupt</b>	Vorsitzender des Staatsrates <sup>[2]</sup>
<b>Regierungschef</b>	Vorsitzender des Ministerrates <sup>[3]</sup>
<b>Fläche</b>	108.179 km²
<b>Einwohnerzahl</b>	etwa 16,35 Millionen (Januar 1990)
<b>Bevölkerungsdichte</b>	151 Einwohner pro km²
<b>Währung</b>	1949–1964: Deutsche Mark 1964–1967: Mark der Deutschen Notenbank 1967–1990: Mark der DDR nach der Währungsunion: Deutsche Mark
<b>Unabhängigkeit</b>	7. Oktober 1949 – 3. Oktober 1990 <sup>[4][5]</sup>
<b>Nationalhymne</b>	Auferstanden aus Ruinen
<b>Zeitzone</b>	UTC +01:00
<b>Kfz-Kennzeichen</b>	bis Ende 1973: D, danach: DDR
<b>Internet-TLD</b>	.dd (nicht mehr existent)
<b>Telefonvorwahl</b>	+37 (nicht mehr gültig; +37x an mehrere Staaten neu vergeben)



- 7.1 Produktion
  - 7.2 Einkommen und Konsum
  - 7.3 Gescheiterte Wirtschaftsreformen
  - 7.4 Arbeitsrecht
  - 7.5 Außenhandel
  - 7.6 Technik und Wissenschaft
- 8 Kultur, Bildung, Sport
  - 8.1 Kultur
  - 8.2 Bildungswesen
  - 8.3 Sport
  - 8.4 Feiertage
  - 8.5 Gesellschaftliche Organisationen
- 9 Einzelnachweise
- 10 Literatur
- 11 Quellentexte
- 12 Siehe auch
- 13 Weblinks

## Geografie

Das Staatsgebiet der DDR bestand aus den heutigen deutschen Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie dem Amt Neuhaus in Niedersachsen. Die Verfassung der DDR erklärte Berlin (faktisch Ost-Berlin) zur Hauptstadt der DDR. Dies verstieß gegen die Vereinbarung der Alliierten auf der Jalta-Konferenz, nach der Berlin eine Viersektorenstadt war, die zu keiner der Besatzungszonen gehörte, auch nicht teilweise. Es wurde jedoch von den Westmächten de facto geduldet. Die diesbezügliche Problematik ist auch als Berlin-Frage bekannt.

Die DDR grenzte im Norden an die Ostsee mit einer Seegrenze zu Dänemark, im Osten an die Volksrepublik Polen mit der Oder-Neiße-Grenze und im Süden an die damalige Tschechoslowakische Sozialistische Republik (ČSSR). Im Westen grenzte die DDR mit der damaligen innerdeutschen Grenze an die Bundesrepublik Deutschland mit den Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen und Bayern. West-Berlin lag als Enklave inmitten der DDR. Der nördlichste Punkt der DDR war Gell-Ort nordwestlich von Kap Arkona auf der Insel Rügen. Der südlichste Punkt lag in der Nähe des Grenzübergangs Schönberg (Gemeinde Bad Brambach) im Vogtland. Der westlichste war im Flörsbachtal in der Rhön. Die Amerikaner nannten ihn *Point Alpha*. Der östlichste Punkt war und ist, wie auch der heutige Gesamtdeutschlands, Zentendorf zwischen Rothenburg und Görlitz.

Der Norden und die Mitte des Gebiets der DDR sind Teil der Norddeutschen Tiefebene. Charakteristisch für den Norden sind eiszeitlich geformte Moränenlandschaften und zahlreiche Seen (Mecklenburgische Seenplatte). Südlich davon erstrecken sich Hügelländer, in welche große Tieflandsbuchten (Leipziger Tieflandsbucht, Thüringer Becken) hineinragen. Der Süden wird von Mittelgebirgen eingenommen (Harz, Thüringer Wald, Rhön, Erzgebirge, Elbsandsteingebirge, Sächsische Schweiz, Lausitzer Bergland, Zittauer Gebirge). Die höchsten Berge sind der Fichtelberg mit 1214 m, gefolgt von Brocken (1142 m) und Großem Beerberg (983 m). Der größte See ist die Müritz in der Mecklenburgischen Seenplatte. Weitere große Seen sind der Schweriner See und der Malchiner See. Als wichtige Flüsse durchfließen Elbe, Saale, Oder, Havel, Mulde, Lausitzer Neiße, Spree, Ilm, Peene, Unstrut, Warnow, Werra und Weiße Elster das Gebiet. Als Inseln in der Ostsee sind neben Rügen vor allem Usedom, Poel, Hiddensee und die Halbinsel Fischland-Darß-Zingst zu nennen.

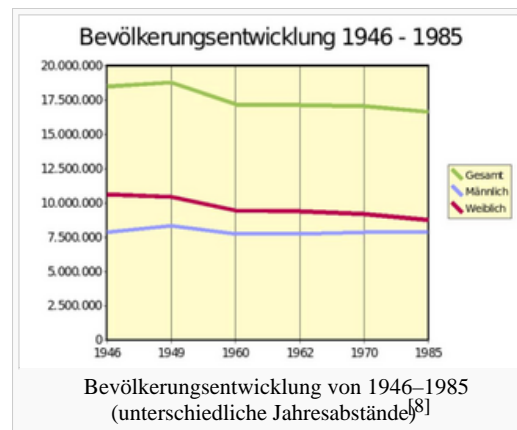
## Bevölkerung

### Einwohner

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges lebten in der Sowjetischen Besatzungszone knapp 19 Millionen Menschen.

Die Bevölkerungszahl nahm in der DDR kontinuierlich ab. Das hatte vornehmlich zwei Gründe:

1. Bis zum Bau der Berliner Mauer 1961 zogen oder flohen viele Menschen aus der DDR in den Westen, vor allem in die Bundesrepublik (Familientrennung, politisch motivierte Flucht und Abwanderung zu besseren Arbeits- und Lebensbedingungen). Auch nach 1961 gelangen einzelne Fluchtaktionen. Die DDR wies Einzelpersonen, unter anderem im Rahmen des Freikaufs politischer Häftlinge unter Entzug der Staatsbürgerschaft der DDR aus. Auch der Antrag zur ständigen Ausreise aus der DDR ermöglichte im Rahmen eines langwierigen und mit Schikanen verbundenen Antrags die Emigration aus der DDR.
2. Mit Einführung der schwangerschaftsverhütenden Pille und der Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen nahm die Anzahl der Geburten ab („Geburtenknick“, „Pillenknicke“). Wie in anderen entwickelten Ländern auch ging der Trend generell von der Großfamilie hin zu Familien mit ein bis zwei Kindern.



Einwohner und Berufstätige der DDR in Millionen Menschen (S. 8 und 17).<sup>[9]</sup>

Jahr	Einwohner	Berufstätige (ohne Lehrlinge)
1950	18,388	7,196
1960	17,188	7,686
1970	17,068	7,769
1980	16,740	8,225
1988	16,675	8,594

## Sprache

Das Gebiet der DDR gehörte zum deutschen Sprachraum. In einigen Kreisen der Bezirke Dresden und Cottbus waren auch die westslawischen Sprachen Obersorbisch und Niedersorbisch als die Sprachen der sorbischen Minderheiten staatlich anerkannt.

In den Schulen der DDR war bis zur Wende Russisch die zuerst gelehrt Fremdsprache. Zweite Fremdsprache war meist Englisch, sie wurde fakultativ gelehrt. Alternative, auch fakultative, Fremdsprachen waren Französisch, ganz selten Spanisch (mit stärkerer landeskundlicher Orientierung auf Kuba), an insgesamt vier Schulen Tschechisch und bis in die 1960er-Jahre häufig, später an noch einigen EOS Latein (etwa 2.000 Schüler pro Jahr) sowie an neun EOS Altgriechisch<sup>[10]</sup>, an einzelnen Schulen auch andere Sprachen. Die Kenntnis einer zweiten Fremdsprache war Voraussetzung für die Erlangung der Hochschulreife.

### Deutsche Sprache in der DDR von Nord nach Süd

- Von Rügen bis in Höhe der Hauptstadt Berlin waren Dialekte der ostniederdeutschen Sprache vorherrschend (entsprach etwa 23 Prozent der DDR-Einwohner).
- Südlich einer gedachten Linie, die vom nördlichen Harz über Stendal, Berlin, Cottbus bis zur Oder verlief, schlossen sich die Dialekte der ostmitteldeutschen Sprache an. Sie wurden von der Mehrzahl der Einwohner in den Bezirken Leipzig, Dresden, Halle, Karl-Marx-Stadt, Erfurt, Gera, Magdeburg, Cottbus, Potsdam und in der Hauptstadt Berlin gesprochen (entsprach mehr als 70 Prozent der DDR-Einwohner).
- Entlang der DDR-Staatsgrenze in Südthüringen und losgelöst davon weiter östlich im Vogtland und im Erzgebirge sprachen die Einheimischen vorwiegend ostfränkische Mundarten (entsprach etwa 5 Prozent der DDR-Einwohner).

### Dialekte in den DDR-Bezirken

- Mecklenburgisch-Pommersch – in den Bezirken Rostock, Schwerin und Neubrandenburg
- Mark-Brandenburgisch – in den Bezirken Frankfurt (Oder), Potsdam und Magdeburg
- Berlin-Brandenburgisch – im Bezirk Potsdam und in der Hauptstadt Berlin
- Lausitzisch – in den Bezirken Dresden und Cottbus
- Thüringisch-Obersächsisch – in den Bezirken Leipzig, Dresden, Halle, Magdeburg, Erfurt, Gera, Karl-Marx-Stadt und Suhl
- Ostfränkisch – in den Bezirken Suhl und Karl-Marx-Stadt
- Bairisch – In der Region Adorf/Bad Brambach

## Religion

In der DDR gab es verschiedene Religionsgemeinschaften. Die größten waren die christlichen Kirchen, darunter die seit 1969 im Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR zusammengeschlossenen achtevangelischen Landeskirchen, die römisch-katholische Kirche sowie verschiedene Freikirchen, zum Beispiel der Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in der DDR. 1950 gehörten etwa 85 Prozent der DDR-Bürger einer evangelischen und etwa 10 Prozent der katholischen Kirche an. Bis 1989 ging der Anteil der Kirchenmitglieder an der Gesamtbevölkerung deutlich zurück: noch 25 Prozent der Bevölkerung waren Protestanten und 5 Prozent Katholiken. Der Anteil der Konfessionslosen an der Gesamtbevölkerung stieg von etwa 6 Prozent auf etwa 70 Prozent 1989.

Daneben gab es jüdische Gemeinden sowie vereinzelt ab den 1980er-Jahren buddhistische, hinduistische und muslimische Gruppen. Die religiösen Organisationen waren die einzigen legalen vom Staat unabhängigen Organisationen.

Religionsfreiheit war in der DDR in der Verfassung festgeschrieben und wurde formal auch gewährt. Dennoch versuchte die DDR mit unterschiedlichen Methoden, den Einfluss der Kirchen zurückzudrängen und vor allem junge Menschen kirchlichem Einfluss zu entziehen. Ihre schärfste Form hatte die antikirchliche Politik der DDR Anfang der 1950er-Jahre. Sie gipfelte 1953 in der Kriminalisierung der „Jungen Gemeinden“. Dies führte zu zahlreichen Relegierungen von Schulen und Universitäten, auch zu Verhaftungen, die im Juni 1953 jedoch wieder zurückgenommen wurden. Auch danach blieb für bekennende Christen die Möglichkeit zu studieren bzw. eine staatliche Laufbahn einzuschlagen erschwert.<sup>[11]</sup>

Zwar nahm die Zahl religiös gebundener Menschen erheblich ab, dennoch konnte die Politik der DDR nicht verhindern, dass die christlichen Kirchen ein eigenständiger gesellschaftlicher Faktor blieben. Die Geschichte der Jahre 1989/90 zeigte dann, dass sich gerade

in den evangelischen Kirchen als halböffentliche Versammlungsräume ein großer Teil der Menschen fand, teilweise ohne selber religiös zu sein, die zu den Trägern der friedlichen Revolution in der DDR wurden.

*Siehe auch: Christen und Kirche in der DDR*

## Staatssymbole

Drei waagerechte Streifen in den traditionellen deutsch-demokratischen Farben Schwarz-Rot-Gold mit dem Staatswappen der DDR in der Mitte, bestehend aus Hammer und Zirkel, umgeben von einem Ährenkranz als Symbol des Bündnisses von Arbeitern, Bauern und Intelligenz.

Erste Entwürfe des Wappens von Fritz Behrendt enthielten nur Hammer und Ährenkranz, als Ausdruck des „Arbeiter- und Bauernstaates“. Die endgültige Version beruhte hauptsächlich auf der Arbeit von Heinz Behling.

Mit Gesetz vom 26. September 1955 wurde das Staatswappen mit Hammer, Zirkel und Ährenkranz bestimmt, als Staatsflagge aber weiter „nur“ Schwarz-Rot-Gold. Mit Gesetz vom 1. Oktober 1959 wurde das Wappen in die Staatsflagge eingefügt. Das öffentliche Vorzeigen dieser Flagge wurde bis Ende der 1960er in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin als ein Verstoß gegen Verfassung und öffentliche Ordnung angesehen und durch polizeiliche Maßnahmen verhindert (vergleiche Erklärung der Innenminister von Bund und Ländern, Oktober 1959). Erst 1969 verfügte die Bundesregierung, „dass die Polizei nirgendwo mehr gegen die Verwendung von Flagge und Wappen der DDR einschreiten sollte.“

Auf Antrag der DSU beschloss die erste frei gewählte Volkskammer der DDR am 31. Mai 1990, dass das DDR-Staatswappen innerhalb einer Woche in und an öffentlichen Gebäuden entfernt werden sollte. Dennoch fand es bis zum offiziellen Ende der Republik beispielsweise auf Dokumenten weiter vielfältige Verwendung.

Der Text *Auferstanden aus Ruinen* der Nationalhymne der DDR stammt von Johannes R. Becher, die Melodie von Hanns Eisler. Seit Anfang der 1970er-Jahre wurde der Text der Hymne aufgrund der Passage „Deutschland einig Vaterland“ aber nicht mehr gesungen.

## Geschichte

*Siehe: Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik*

### DDR als sozialistischer deutscher Staat von 1949 bis 1989

Dieser Artikel oder Abschnitt bedarf einer Überarbeitung. Näheres ist auf der Diskussionsseite angegeben. Hilf bitte mit, ihn zu verbessern, und entferne anschließend diese Markierung.

Die DDR wurde am 7. Oktober 1949, fünf Monate nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland durch die von der Sowjetunion eingesetzte Regierung als „sozialistischer Arbeiter- und Bauernstaat“ proklamiert. In politischer Hinsicht wurde von Beginn an eine Parteidiktatur der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) errichtet. Weiter war die DDR Teil des unter der Hegemonie der Sowjetunion stehenden Ostblocks. Otto Grotewohl wird der erste Ministerpräsident und Wilhelm Pieck der erste und einzige Präsident der DDR. Diese beiden Politiker setzten die Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED ins Werk, Drahtzieher war jedoch die sogenannte Gruppe Ulbricht. Trotz der Vereinigung gab es nun im noch einheitlich verwalteten Berlin weiterhin zwei Arbeiterparteien. Um ihre Zulassung wurde weit oberhalb des Kontrollrats gestritten, was mit einem Kompromiss endete: SED wie SPD wurden mit alliierterm Beschluss vom 31. Mai 1946 in allen vier Sektoren zugelassen. Nach dem Mauerbau beschloss die Berliner SPD auf Empfehlung des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Herbert Wehner, ihre Kreisverbände im Ostsektor der Stadt aufzulösen.<sup>[12]</sup>

Walter Ulbricht war von 1950 bis 1971 als Erster Sekretär (bis 1953 Generalsekretär) des Zentralkomitees (ZK) der SED der faktische Machthaber, 1971 bis 1989 gefolgt von Erich Honecker (ab 1976 mit dem Titel Generalsekretär) und zuletzt von Egon Krenz (18. Oktober 1989 bis zum Rücktritt des gesamten Politbüros der SED am 3. Dezember 1989). Johannes Dieckmann (LDPD) wurde der erste Präsident der Volkskammer bis 1969. Ihm folgten bis 1976 Gerald Götting (CDU), bis 1989 Horst Sindermann (SED) und 1990 Günter Maleuda (DBD).

#### Politik und Wirtschaft 1952 bis 1961

Zunächst betrieb die Sowjetunion die Angleichung der DDR an das zentralkommunistische System weniger stark, um die Chance auf eine politisch neutrale und vielleicht auch sowjetisch dominierte deutsche Einheit nicht zu verspielen. Dies änderte sich jedoch schlagartig mit der Ablehnung der Stalinnote 1952 durch die Bundesregierung unter Konrad Adenauer und durch die Westalliierten. Die Kollektivierung der Landwirtschaft und die Verstaatlichung der Betriebe wurden massiv vorangetrieben. Ebenso wurden staatliche Beteiligungen an Privatbetrieben gefördert.



Ab 1974: DDR- anstatt D-Schild an Kraftfahrzeugen



Wilhelm Pieck auf einer DDR-Briefmarke



Johannes Dieckmann (Briefmarke, DDR 1973)

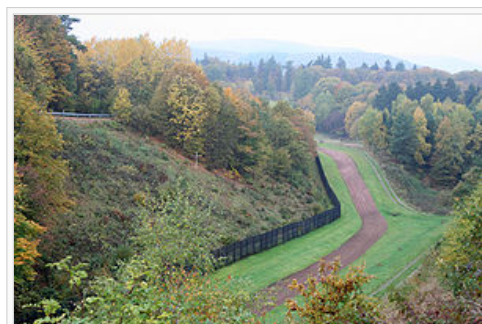
Auf der II. Parteikonferenz der SED vom 9.–12. Juli 1952 verkündete Walter Ulbricht den „planmäßigen Aufbau des Sozialismus“. Kurz darauf wurden mit der Verwaltungsreform von 1952 die Länder der DDR aufgelöst und durch Bezirke ersetzt. Am 17. Juni 1953 kam es in Ost-Berlin zu Demonstrationen gegen erhöhte Arbeitsnormen, die sich in weiten Teilen des Landes zu teilweise sehr umfangreichen Aufständen auch gegen die Politik der SED ausweiteten. Diese wurden von den in der DDR stationierten sowjetischen Truppen militärisch niedergeschlagen, wobei es zu Todesopfern kam.

Die Wirtschaft der DDR entwickelte sich aufgrund unterschiedlicher Voraussetzungen (die DDR leistete umfangreiche Reparationszahlungen an die Sowjetunion und verzichtete auf Grund des Drucks aus Moskau auf finanzielle Leistungen aus dem Marshallplan zum Wiederaufbau Europas), aber auch aufgrund der Kollektivierung sowie der zunehmenden Enteignung der Betriebe und der prinzipiellen Mängel der Planwirtschaft langsamer als die der Bundesrepublik Deutschland.

Unter anderem aufgrund des Wirtschaftsgefälles, aus Furcht vor Repressionen und Willkürmaßnahmen seitens der sowjetischen Besatzungsmacht und später der DDR-Organen oder auch, weil wesentliche Freiheiten nicht gewährt wurden, flohen schon ab 1945 viele Bürger in den Westen. Seit der Errichtung der DDR verließen immer mehr Bürger die DDR. Zwischen 1949 und 1961 flohen etwa 2,6 Millionen Menschen aus der DDR einschließlich Ost-Berlin, davon alleine 47.433 noch in den beiden ersten Augustwochen 1961.

### Vom Bau der Mauer 1961 bis zu ihrem Fall 1989

Diese Abwanderung wurde für die DDR wirtschaftlich bedrohlich, da überdurchschnittlich viele junge und gut ausgebildete Menschen den Staat verließen, obwohl „Republikflucht“ strafbar war. Geflüchtet wurde in erster Linie über Berlin, wo die Sektorengrenze zwischen West- und Ost-Berlin kaum zu kontrollieren war, im Gegensatz zur schon seit 1952 scharf bewachten innerdeutschen Grenze der DDR zur Bundesrepublik. In der Nacht vom 12. auf den 13. August begannen Volksarmisten, Volkspolizisten und Angehörige der Kampfgruppen der DDR, die Grenze rings um West-Berlin mit Stacheldraht und Maschinenpistole „gegen Osten“ abzusichern. Alle Verkehrswege, wie der U- und S-Bahn-Betrieb, wurden unterbrochen. Seit dem 13. August 1961 wurde die Grenze durch Sperranlagen, lebensbedrohende Minensperren, Selbstschussanlagen und gezielt schießende Grenzsoldaten noch umfassender „gesichert“ und die Berliner Mauer gebaut, die zum Symbol der Teilung Deutschlands und Europas wurde. Bei dem Versuch, dieses von der DDR als „antifaschistischer Schutzwall“ bezeichnete Sperrsystem zu überwinden, wurden mehrere hundert Menschen an der innerdeutschen Grenze getötet. Die durch die DDR verübten Menschenrechtsverletzungen, darunter die an der innerdeutschen Grenze, wurden in der Bundesrepublik Deutschland von der eigens eingerichteten Zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter dokumentiert.



Innerdeutsche Grenze zwischen Thüringen und Hessen, die hier vom Grenzmuseum Schiffersgrund (bei Bad Sooden-Allendorf) erhalten wird. Zu sehen ist der Grenzzaun (einreihiger Metallgitterzaun) mit davorliegendem Kontrollstreifen (Spurensicherungstreifen) und Kolonnenweg mit Fahrspurplatten, die eigentliche Grenze befand sich oberhalb des mittlerweile bewaldeten Hangs.

Nach dem Tod Wilhelm Piecks am 7. September 1961 wurde das Amt des Präsidenten nicht mehr besetzt. Stattdessen wurde per Gesetz der Staatsrat der DDR als „kollektives Staatsoberhaupt“ eingesetzt. Erster Vorsitzender des Staatsrates wurde Walter Ulbricht.

Im Zuge der Ostpolitik der bundesdeutschen Regierungen seit 1966, die hauptsächlich von Willy Brandt (Außenminister 1966–1969 und Bundeskanzler 1969–1974) formuliert wurde, kam es beginnend mit dem Erfurter Gipfeltreffen 1970 zu einer Annäherung zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland. Diese gab ihren Alleinvertretungsanspruch auf; die DDR erkannte an, dass die Deutschen ein Volk sind, das lediglich in zwei Staaten lebte. Daraufhin wurden 1973 beide deutsche Staaten Mitglieder der UNO.

Am 6. April 1968 gab es den ersten und einzigen Volksentscheid zur neuen „Sozialistischen“ Verfassung der DDR. Im Gegensatz zu den sonst üblichen Wahlausgängen erreichte hier sogar der Nein-Stimmen-Anteil 5 %. Die markantesten Sätze in der neuen Verfassung waren neben der Fixierung der Führungsrolle der SED, die Definition der DDR als „sozialistischer Staat deutscher Nation“ und die Formulierung aktueller Ziele wie etwa die „Herstellung und Pflege normaler Beziehungen“ und die „Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten“. Letzteres erzeugte in Moskau einigen Argwohn und man begann dort daraufhin, Erich Honecker als Nachfolger von Walter Ulbricht zu favorisieren; auch durch Sätze wie vom „entwickelten Sozialismus in der DDR“ hatte Ulbricht Missgefallen in Moskau ausgelöst. Erwähnenswert ist, dass ein Volksentscheid, der bisher möglich war, mit dieser Verfassungsreform abgeschafft wurde.

Am 3. Mai 1971 erklärte Ulbricht „aus gesundheitlichen Gründen“ den Rücktritt von all seinen Ämtern bis auf das Amt des Staatsratsvorsitzenden. Er starb am 1. August 1973. Erich Honecker „beerbte“ ihn um all seine Ämter.

Am 7. Oktober 1974 kam es zu einer erneuten Verfassungsänderung. Alle Textpassagen zur Wiedervereinigung als Verfassungsziel wurden entfernt. Die Anbindung an die Sowjetunion deutlicher manifestiert; aus Ulbrichts Satz, *Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat deutscher Nation*“ wurde *Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern*“. Außerdem wurde die Wahlperiode von vier auf fünf Jahre verlängert und die Befugnisse des Staatsrates so stark eingeschränkt, dass diesem Organ lediglich Repräsentationsrechte blieben.

In den beiden Jahrzehnten bis 1989 blieb die DDR bedacht auf weitere Abgrenzung gegenüber der Bundesrepublik. Dennoch wurden zahlreiche Abkommen mit ihr geschlossen, die die Kontakte zwischen den Menschen erleichterten, obwohl Moskau diese eher misstrauisch wahrnahm.<sup>[13]</sup> Der DDR brachten sie aber oft wichtige Devisen ein. Die von Honecker proklamierte „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ sollte den Lebensstandard heben, vor allem mehr Wohnungen zur Verfügung stellen, blieb aber hinter den Erwartungen zurück. In den durch die gestiegenen Ölpreise schwierigeren Jahren ab 1980 wuchs die Westverschuldung der DDR bis an eine kritische Grenze zur Zahlungsunfähigkeit. Nur die Bonner Kredite 1983 konnten eine drastische Wirtschaftskrise verhindern. Der

Besuch Honeckers 1987 in Bonn war der Höhepunkt seiner internationalen Anerkennung, als bereits in der DDR die viel zu geringen Erhaltungs- und Erneuerungsinvestitionen dazu führten, dass die Wirtschaft ins Stocken geriet, die Altstädte verfielen und die Umwelt verkam. Nichts schien sich mehr zu bewegen, die Ausreiseanträge gingen in die Höhe, die Jugend glaubte nicht mehr an die FDJ-Parolen. Im Einklang mit Gorbatschows Systemkritik war der Boden für die friedliche Revolution bereitet.

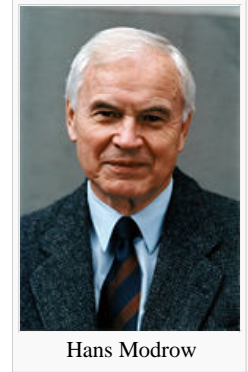
## Politische Wende und Beitritt zur Bundesrepublik (1989/1990)

*Hauptartikel: Deutsche Wiedervereinigung*

Im Sommer und Herbst 1989 flohen immer mehr Bürger der DDR über Ungarn, das am 2. Mai 1989 seine Grenze zu Österreich geöffnet hatte und ab dem 11. September 1989 auch DDR-Bürgern offiziell die Ausreise nach Österreich erlaubte, sowie über die Botschaften der Bundesrepublik Deutschland in ostmitteleuropäischen Staaten, vor allem in Prag. Da die DDR-Führung die Umgestaltungspolitik des sowjetischen Generalsekretärs Michail Gorbatschow nicht nachvollziehen wollte, destabilisierte sich die DDR zunehmend von innen heraus.

Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, die sich auch durch einen vom bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß im Jahre 1983 vermittelten Kredit aus der Bundesrepublik Deutschland nicht hatte aufhalten lassen, und die auf der sowjetischen Perestrojka-Politik beruhenden, von Honecker aber enttäuschten Hoffnungen auf freiheitliche Veränderungen führten im Rahmen der Friedensgebete besonders der Evangelischen Kirche 1989 zu regelmäßigen Protestdemonstrationen. Diese weiteten sich vor allem in Leipzig sehr schnell zu Großdemonstrationen aus, die friedlich blieben – anders als die Protestdemonstrationen wegen der erzwungenen Durchreise der Botschaftsflüchtlinge aus Prag und Warschau, die am Hauptbahnhof Dresden zu heftigen Ausschreitungen führten.

Am 18. Oktober 1989 musste Honecker unter dem Druck der öffentlichen Proteste zurücktreten, wie wenige Tage später die vollständige DDR-Regierung. Am 9. November wurde die Berliner Mauer geöffnet. Am 17. November wählte die Volkskammer Hans Modrow, bisheriger 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED Dresden, zum neuen Vorsitzenden des Ministerrates. In dessen Regierungszeit wurden die *Runden Tische* zur zweiten demokratischen Diskussionsebene. Die Montagsdemonstrationen der DDR-Bevölkerung und die Maueröffnung führten schließlich zum Zusammenbruch des SED-Regimes. Die unbewaffneten Montagsdemonstranten blieben friedlich, und die bewaffneten Organe der DDR, die vor allem 1989 noch mit Prügeleien und Verhaftungen auf die Demonstrationen reagiert hatten verzichteten, wohl auch angesichts der zunehmenden Masse der Demonstranten, weitgehend auf die gewaltsame Auflösung der Versammlungen. Der bewusste Verzicht auf Gewalt wurde am deutlichsten bei der großen Leipziger Demonstration, in deren Vorfeld es dazu öffentliche Absprachen zwischen SED-Bezirksleitung und prominenten DDR-Bürgern (u. a. Kurt Masur) gab. Bei den ersten freien Wahlen zur Volkskammer am 18. März 1990 wurde die Allianz für Deutschland, ein Wahlbündnis aus CDU-Ost, DSU und DA, mit 48,15 Prozent der abgegebenen Stimmen Wahlsieger. Auf Basis des Einigungsvertrags trat die Deutsche Demokratische Republik am 3. Oktober 1990 der Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 23 a. F. des Grundgesetzes bei.



Hans Modrow

## Politik

*Hauptartikel: Politisches System der DDR*

*Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich dort, wo nicht anders vermerkt, auf den Zeitraum der „realsozialistischen“ DDR bis zur Wende 1989/90.*

## Verfassung

*Hauptartikel: Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik*

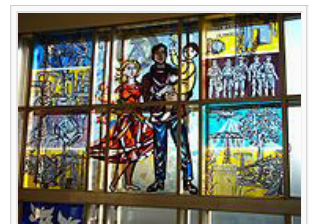
Die DDR verstand sich selbst als sozialistischen Staat. Sowohl der Staatsaufbau als auch die Organisation von Parteien und Massenorganisationen folgten den Prinzipien des demokratischen Zentralismus. Die eigentliche Macht ging von der kommunistischen Partei, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) und deren Gremien aus.

Dieser „Führungsanspruch“ der SED war seit 1968 wie folgt in Artikel 1 der Verfassung der DDR festgehalten:

(Text 1968): „*Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat deutscher Nation. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land, die gemeinsam unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei den Sozialismus verwirklichen.*“

(Änderung 1974): „*Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei.*“

Der Ministerrat als Regierung der DDR war laut Verfassung das höchste exekutive Organ des Staates und wurde von der Volkskammer gewählt. Die Minister kamen aus den verschiedenen Parteien der Nationalen Front, jedoch konnten in der Praxis die entsprechenden Sekretäre und Abteilungsleiter im Zentralkomitee der SED den Ministern Anweisungen erteilen.



Ausschnitt aus dem Buntglasfenster im Berliner Staatsratsgebäude



Der Staatsrat der DDR war – nach dem Tod des ersten und einzigen Präsidenten Wilhelm Pieck – als kollektives Präsidial-Gremium das Staatsoberhaupt der DDR. Der Staatsratsvorsitzende wurde bis zur Wende immer von der SED gestellt.

Die Behörden in der DDR wurden als *Organe* bezeichnet. Gegen Entscheidungen oder Maßnahmen der Organe bestand kein Rechtsschutz, Bürger hatten die Möglichkeit, eine *Eingabe* (Petition) an Verwaltungen, beispielsweise den Rat der Stadt, Parteigliederungen, die Volkskammer oder auch den Staatsrat zu richten. Berechtigten Eingaben wurde gegebenenfalls entsprochen, allerdings willkürlich und für den Bürger in nicht nachvollziehbarer Weise. Der Obrigkeit unliebsame Eingaben, vor allem in Bezug auf Ausreiseanträge, konnten zu Repressalien zu Lasten des Bürgers führen.

Die entscheidenden Machtstrukturen in der DDR befanden sich auf verschiedenen Ebenen und Arbeitsbereichen innerhalb der SED. Die politische Entwicklung wurde durch das Sekretariat des Zentralkomitees der SED einerseits und dessen Politbüro andererseits bestimmt. Diesen standen zentralistische Strukturen zur Verfügung, die in allen Lebensbereichen präsent waren (Nomenklatura<sup>4</sup>), einschließlich eines umfangreichen Überwachungsapparats, insbesondere des Ministeriums für Staatssicherheit. Printmedien, Hörfunk und Fernsehen wurden zensiert, politisch Andersdenkende litten unter Repressalien.

Zusätzlich erfolgte eine Politisierung der gesamten Gesellschaft. Mit der Ideologisierung und der damit verbundenen Zensur in Medien, Literatur und Kunst wurde gleichzeitig mit einer neuen Terminologie ein Feindbild propagiert, welches vor allem die Jugend verinnerlichen sollte.

## Rechtssystem

Regelungen des Bürgerlichen Gesetzbuches waren in der DDR zunächst übernommen worden. 1976 wurde dieses durch das Zivilgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik ersetzt. Eigentums-, Patent- und Erbrecht waren eng begrenzt, das Vertragsrecht war der Planwirtschaft verpflichtet.

Auch die erste Verfassung aus dem Jahre 1949 enthielt noch bürgerlichdemokratische und rechtsstaatliche Prinzipien wie die Gewaltenteilung sowie Grundrechte wie das Recht auf freie Meinungsäußerung oder die Versammlungsfreiheit, Föderaler Aufbau, Rechtsstaatlichkeit wie auch die Pressefreiheit und die Auswanderungsfreiheit wie auch eine Unabhängigkeit der Gerichte und Rechtspflege. Einzelne Elemente blieben auch in den späteren Verfassungen der DDR erhalten, wurden tatsächlich aber nicht oder nur stark eingeschränkt gewährt. Der wesentliche Aspekt war der in Artikel 1 festgeschriebene Führungsanspruch der SED, der erst 1989 abgeschafft wurde.

Die geringe Bindungswirkung der Verfassung und besonders die nicht unabhängigjudikative zeigte sich in Geheimverfahren wie u. a. den Waldheimer Prozessen sowie auch im Umgang mit föderalen Elementen. Die Eigenständigkeit der Länder wurde bereits in den 1950er Jahren zugunsten des Demokratischen Zentralismus abgeschafft, was in der Verfassung aber erst 1968 beziehungsweise 1974 seinen Niederschlag fand. Neben ihrem vorherrschenden Einfluss auf Gerichte nutzte die SED interne Parteiverfahren (u. a. Paul Merker) zur Sanktionierung ihrer Mitglieder. Diese wurden nicht durch Gerichte sondern durch die Zentrale Parteikontrollkommission durchgeführt.

Da keine Verwaltungsgerichtsbarkeit existierte, waren Grundrechte nicht einklagbar – Rechtsschutz gegen staatliches Handeln wurde nicht gewährt. Das Planungsrecht war Ausfluss der parteikontrollierten Planwirtschaft, die Austragung von Konflikten verschiedener Gebietskörperschaften und Behörden, wie etwa bei Infrastrukturprojekten, im Umweltschutz und Denkmalrecht nicht vorgesehen bzw. geregelt.

Die für einen Rechtsstaat unabdingbare Unabhängigkeit der Gerichte war ebenfalls nicht gegeben. Das Rechtswesen der DDR entsprach damit nicht rechtsstaatlichen Standards. Rechtsanwälte konnten ihre Tätigkeit in politisch relevanten Verfahren nicht unabhängig gemäß ihrer berufsrechtlichen Verpflichtungen ausüben, Akteneinsicht wurde nicht oder nur willkürlich gewährt, Mandantengespräche mitunter vereitelt oder nur überwacht zugelassen. Hiervon gab es jedoch Ausnahmen, wie der auch an West-Berliner Gerichten zugelassene Rechtsanwalt und als DDR-Unterhändler im Kalten Krieg tätige Rechtsanwalt Vogel.

Für die Rechtsprechung waren insbesondere das Strafgesetzbuch und die Strafprozessordnung der DDR maßgeblich. Im Bereich des Strafrechts wurde mitunter von der DDR-Justiz auf Basis vager und unbestimmter Tatbestände wie „Staatsfeindliche Hetze“, „Öffentliche Herabwürdigung“, „Beeinträchtigung staatlicher und gesellschaftlicher Tätigkeit“, „Rowdytum“, „Asoziales Verhalten“ oder „Ungesetzliche Verbindungsaufnahme“ politisch unerwünschtes Verhalten kriminalisiert. Aufgrund ihrer offenen und unscharfen Formulierungen widersprachen diese Tatbestände insofern dem rechtsstaatlichen Bestimmtheitsgrundsatz. Hinzu kam eine extensive und kaum vorhersehbare Auslegung derartiger Tatbestände. Insbesondere in den ersten Jahren der DDR wurden vielfach wegen „Boykotttette“ äußerst harte Strafen für mitunter objektiv harmlose Handlungen verhängt. Gerichte und die Staatsanwaltschaft waren in politisch bedeutsamen Verfahren aufgrund von konkreten Vorgaben von Seiten der SED mitunter faktisch gezwungen, entgegen der Rechtslage zu handeln.

Rechtliche Verpflichtungen der DDR gegenüber dem Ausland, wie etwa die im Rahmen der KSZE anerkannte Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten wie auch die 1968 nachträglich in die DDR Verfassung eingefügte Freiheit des religiösen Bekenntnisses verschafften Oppositionellen und Dissidenten einen gewissen Freiraum.

Im Jahr 1988 registrierte man folgende abgeschlossene zivile Strafverfahren (S. 396–397)<sup>[9]</sup>

- 113 vorsätzliche Tötungen
- 10.134 vorsätzliche Körperverletzungen
- 940 Vergewaltigungen und sexuelle Nötigungen
- 1.204 sexuelle Missbräuche von Kindern und Jugendlichen
- 960-mal Raub und Erpressung

- 1.695 Verletzungen der Unterhalts- oder Erziehungspflichten
- 26.741 Diebstähle, Betrug oder sonstige Schädigung des Volkseigentums
- 33.478 Diebstähle, Betrug oder sonstige Schädigung privaten Eigentums
- 746 Brandstiftungen oder fahrlässige Verursachung eines Brandes
- 156 Verletzungen des Gesundheits- und Arbeitsschutzes
- 9.180 Verkehrsdelikte
- 175-mal unbefugter Waffen- oder Sprengmittelbesitz
- 953-mal Widerstand gegen staatliche Maßnahmen
- 1.882-mal Rowdytum
- 1.934 Begünstigungen und Hehlereien
- 901 Urkundenfälschungen

Wie in allen sozialistischen Staaten bildete sich in der DDR ein gesellschafts- und fachübergreifendes Arbeitsrecht heraus. Dies war grundsätzlich vonnöten, da ja gerade aus der Arbeiterbewegung heraus die Vermarktung der Arbeitskraft auf einem freien Arbeitsmarkt als Ausbeutung abgelehnt wurde.

**Hauptartikel:** Arbeitsrecht (DDR)

## Parteien

*Hauptartikel: Politisches System der DDR*

Von 1949–1989 gab es folgende in der Nationalen Front vereinte Parteien und Massenorganisationen.

Parteien:

- Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED)
- Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD)
- Christlich Demokratische Union (CDU)
- Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD)
- Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD)

Massenorganisationen:

- Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DFD)
- Freie Deutsche Jugend (FDJ)
- Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB)
- Kulturbund (KB)
- Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB)

Die staatlichen und politischen Strukturen der DDR enthielten formal Elemente einer bürgerlichen Demokratie. In der Volkskammer waren, neben der SED und von ihr dominierten Massenorganisationen auch die Blockparteien vertreten. Deren Mitglieder waren auf das Programm der SED verpflichtet und in die Exekutive eingebunden.

Neben der Volkskammer existierten Volksvertretungen auf Bezirksebenen, Kreisebenen und kommunalen Ebenen. Die zu diesen Gremien stattfindenden Wahlen waren aber weder frei noch geheim, da nur eine vorher erstellte einheitliche Kandidatenliste – die „Einheitsliste“ existierte und der Wahlakt unter der Beobachtung von Wahlhelfern erfolgte.

Die Einheitsliste umfasste die in der Nationalen Front organisierten Blockparteien und Massenorganisationen

Die Verteilung der Mandate und Ämter auf die Parteien und Organisationen war von den Wahlen unabhängig und blieb über lange Zeiten konstant.

Der Einfluss der SED in der Volkskammer wurde zusätzlich dadurch gesichert, dass die meisten Abgeordneten der Massenorganisationen auch SED-Mitglieder waren. In ihrer 9. Wahlperiode (1986–1990) hatte die Volkskammer folgende Zusammensetzung ihrer 500 Abgeordneten (S. 401):<sup>[9]</sup>

- SED: 127
- DBD: 52
- CDU: 52
- LDPD: 52
- NDPD: 52
- FDGB: 61
- DFD: 32
- FDJ: 37
- Kulturbund: 21
- VdgB: 14

Davon waren 271 Abgeordnete als Arbeiter, 31 Bauern, 69 Angestellte, 126 Angehörige der Intelligenz und 3 als sonstige Abgeordnete



ausgewiesen. In der Geschichte der Volkskammer kam es lediglich einmal zu Gegenstimmen, und zwar 1972 aus der CDU bei der Liberalisierung der Regelungen zur Unterbrechung der Schwangerschaft

Im Wendejahr 1989 kam es zu zahlreichen Neugründungen von Parteien<sup>[14]</sup>, unter anderem Neues Forum, Demokratischer Aufbruch, Sozialdemokratische Partei in der DDR und andere. Die SED versuchte sich im Dezember 1989 durch eine programmatische Umbenennung in Partei des Demokratischen Sozialismus von ihrem stalinistischen Erbe zu befreien. Am 18. März 1990 traten diese Parteien zur ersten und einzigen freien Volkskammerwahl an.

## Öffentlichkeit und politische Auseinandersetzungen

Eine von der SED unabhängige freie Meinungsbildung, Öffentlichkeit und zivilgesellschaftliche Elemente waren in der DDR nicht vorgesehen (siehe hierzu auch den Hauptartikel Zensur in der DDR). Erhard Eppler schrieb von einem in der DDR auf die Spitze getriebenen Anspruch einer verwissenschaftlichten Politik<sup>[15]</sup> – mit dem Anspruch einer alles umgreifenden Regelung über die Parteilinie. Das DDR-Strafgesetzbuch stellte „staatsfeindliche Hetze“ und den „Missbrauch der Medien für die bürgerliche Ideologie“ unter Strafe, was Autoren und Journalisten disziplinierte und neben den monopolisierten Ressourcen Nachzensur und Repressionen<sup>[16]</sup> von Printmedien, Büchern, Radio und Fernsehen, Satire, Kunst und Wissenschaft ermöglichte.<sup>[17]</sup> So waren auch sehr beliebte Medien, etwa das einzige Erotik-Magazin der DDR in ihrer Auflage begrenzt. Aufführungen der wenigen politischen Kabarets der DDR (u. a. Die Distel und die Leipziger Pfeffermühle) waren zwar auf Jahre hin ausverkauft, die Vorstellungen im Radio oder TV aber nur in Ausnahmen und ausschnittsweise übertragen. Bei Büchern, insbesondere Belletristik, führte das Druckgenehmigungsverfahren de facto zu einer Vorzensur und einer werkspezifischen Steuerung. So war das Buch Spur der Steine mit realistischen Szenen aus dem DDR-Alltag unerwartet ein Bestseller geworden, der dazugehörige Film jedoch aus demselben Grund kurz nach Erscheinen verboten worden.

Das Nichtvorkommen politischer Skandale<sup>[18]</sup> wird als Zeichen diktatorischer<sup>[19]</sup> Unterdrückung einer eigenständigen Öffentlichkeit gesehen. Einzelne Ausnahmen, skandalträchtige öffentliche Auseinandersetzungen in der DDR etwa um Theateraufführungen der 1950er und 1960er Jahre<sup>[20]</sup>, 1976 die Selbstverbrennung des Pfarrers Brüsewitz, die Ausbürgerung Wolf Biermanns wie auch die DDR-Kaffeekrise ab 1977 bestätigen die Regel. Sie stehen auch in engem Zusammenhang mit DDR-Bürgern zugänglichen Veröffentlichungen in Westmedien. Zum Ende der DDR wurde zudem versucht, den Zugang zu einzelnen Medien aus der Sowjetunion, wie etwa dem russischen Pressespiegel Sputnik, einzuschränken.

Jürgen Kocka<sup>[17]</sup> und Detlef Pollack<sup>[21]</sup> betonen, der ambitionöse Anspruch der DDR-Obrigkeit auf totale und allumfassende diktatorische politische Steuerung sei faktisch nicht durchzusetzen gewesen. Es habe weiterhin gesellschaftliche Teilbereiche gegeben, allen voran die Kirchen, die informelle Netzwerke und Freiräume zugelassen hätten. Auch die Unwägbarkeiten der Planwirtschaft hätten die Wahrnehmung individueller Eigeninteressen und informelle Selbsthilfe eher gefördert. Die programmatisch vorgegebene Westabschottung habe die faktische Westorientierung der Bevölkerung nicht beseitigt und alles in allem, so Pollack, wäre die staatliche Repression in funktional bedingten Grenzen verblieben.

So ermöglichten wirtschaftliche Vorgaben und persönliche Zugänge auch unkonventionellen Wissenschaftlern wie Werner Hartmann (Physiker) und Manfred von Ardenne zumindest zeitweise größere Freiräume.<sup>[17]</sup> Auch einige Institutionen aus der Frühzeit der DDR wie die Blockparteien ermöglichten einen gewissen Freiraum. Erhard Eppler beispielsweise hält es für verwunderlich, wie einfach deren Überführung in die westdeutschen Organisationen gelang und wie schnell die DDR-Vertreter die westdeutschen politischen Gepflogenheiten übernahmen. Er nennt<sup>[15]</sup> (etwa in Vergleich zu England) eine am schriftlichen Ausdruck orientierte Rhetorik, Obrigkeitsdenken, Mangel an politischem Gestaltungswillen, wenig Freiheitsliebe und geringe Debattenkultur als gesamtdeutsche Gemeinsamkeiten.

Die wohl wichtigste Rolle spielte die Teilhabe der DDR an der westdeutschen Öffentlichkeit.<sup>[17]</sup> Mit Ausnahme des sogenannten Tal der Ahnungslosen waren Informationen, von Werbung, Musikprogrammen bis hin zu politischen Skandalen und Debatten über westdeutsche Rundfunk- und Fernsehprogramme verfügbar.<sup>[22]</sup> Auch gerade nach dem Mauerbau trugen politische Programme wie Kennzeichen D oder Kontraste mit Korrespondentenberichten aus der DDR zur Information über Veränderungen in der DDR bei. Sie ermöglichten der DDR-Bevölkerung Teilhabe und Zugang zu der öffentlichen Diskussion auch sie unmittelbar angehender Fragen. Diese Informationen wurden in der DDR auch offen angesprochen und genutzt.<sup>[23]</sup> Die DDR-Obrigkeit war gezwungen, darauf intern zu reagieren und auch in den DDR-Medien – propagandistisch etwa in der Sendung Der schwarze Kanal – darauf einzugehen. Eine faktisch gesamtdeutsche Öffentlichkeit nutzte auch der Rocksänger Udo Lindenberg, der seinen über Jahre verweigeren Wunsch in der DDR aufzutreten, 1983 in einen Schlager umsetzte und erfolgreich verwirklichen konnte.

## Politische Opposition und Widerstand

Der Begriff DDR-Opposition wird heute in verschiedener Weise benutzt. Teilweise werden sehr heterogene Strömungen als Opposition in der DDR zusammengefasst.<sup>[24]</sup>

Die Bürgerrechtler der DDR traten für eine Reform, seltener für die Abschaffung der DDR ein und mussten dafür Überwachung und teilweise Repressionen durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) in Kauf nehmen, da ein offenes Auftreten als illegal galt oder gar eine parlamentarische Vertretung einer Opposition nicht geduldet wurde. Viele von ihnen gründeten während der Wendezeit 1989 politische Parteien und Bürgerbewegungen wie beispielsweise das Neue Forum oder den Demokratischen Aufbruch. Nach der Wende schlossen sich Bürgerrechtler – je nach unterschiedlichen persönlichen Motiven ihrer oppositionellen Haltung – unterschiedlichen Parteien an oder blieben parteilos.

Die damals größte oppositionelle Samisdat-Zeitschrift Telegraph erscheint bis heute in Berlin.



Untersuchungshaftanstalt des MfS in Berlin-Hohenschönhausen

Politisch Andersdenkende wurden im flächendeckenden staatlichen Überwachungssystem insbesondere mit Hilfe der offiziellen und inoffiziellen Einsatzkräfte des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS, umgangssprachlich „Stasi“) ermittelt und beobachtet, um bereits Anfänge einer öffentlichen DDR-kritischen Aktivität sogleich unterbinden zu können (politisch motivierte Verfolgung). Je nach Grad des aus Sicht der Sicherheitsorgane zu erwartenden Widerstands reichte die politisch motivierte Verfolgung in der DDR von bloßer Einschüchterung über Drangsalierung und Zersetzung bis hin zu langjähriger Haft. Bei „Überläufern“ aus den Reihen des MfS und Fluchthelfern kam es auch zu Entführungen und Morden<sup>[25]</sup> im geheimen Auftrag des MfS. Folter und Einzelhaft gehörten insbesondere in den sogenannten Untersuchungshaftanstalten des MfS zu den vielfältigen Zwangsmitteln des MfS, um politische Gefangene gefügig und geständig zu machen. Zumindest bis in die 1960er-Jahre wurde eher die physische Folter angewandt. Später wurden mehr und mehr psychologische Foltermethoden praktiziert, um politische Häftlinge zu zermürben und ihren Willen zu brechen. Ein Grund für diese Entwicklung war, dass sich die Anwendung psychologischer Folter schwieriger beweisen lässt.

## Außen- und Entwicklungspolitik

### Grundlegende Motive

Zentrales Moment ihrer Außenpolitik war der Anspruch der DDR, gegenüber der westdeutschen Hallstein-Doktrin international als eigenständiger Staat anerkannt zu werden. Der Grundlagenvertrag mit der Bundesrepublik 1972 erkannte die Existenz zweier deutscher Staaten an und ermöglichte die Aufnahme der DDR 1973 als Vollmitglied in die Vereinten Nationen. Eine wichtige symbolische Komponente des Anspruchs auf staatliche Anerkennung war die Teilnahme an internationalen Sportveranstaltungen. Bei den Olympischen Spielen trat die DDR ab 1968 mit einer eigenen Mannschaft an und konnte im Folgenden nicht nur 1972 bei den Olympischen Spielen in München und 1974 der Fußballweltmeisterschaft in Westdeutschland signifikante sportliche und indirekt politische Erfolge erzielen.

### Einbindung in internationale Organisationen

Die DDR war international im Warschauer Pakt und im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) eingebunden und hatte über den innerdeutschen Handel indirekt einen Zugang zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Innerhalb des RGW war die Sowjetunion der dominierende Partner. Ansätze zu einer stärkeren wirtschaftlichen Integration der RGW-Staaten scheiterten Mitte der 1960er-Jahre<sup>[26]</sup> am Widerstand Rumäniens, die bilateralen Beziehungen DDR zur Sowjetunion gestalteten sich nach dem Antritt Breschnews deutlich schwieriger. Es gelang der DDR unter erheblichen Anstrengungen 1967 im Rahmen der Ulbricht-Doktrin mit anderen RGW-Staaten wie der Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und Bulgarien beiderseitige Unterstützungsverträge abzuschließen und damit einer Intensivierung der Beziehungen der osteuropäischen Nachbarn mit Westeuropa zuvorzukommen.<sup>[26]</sup> Die Ostpolitik Willy Brandts war zunächst mit der Sowjetunion ausgehandelt worden, die DDR wurde zum Verdross Walter Ulbrichts dabei von beiden Seiten zunächst übergangen.<sup>[27]</sup> 1983 hingegen führten die innerdeutschen Beziehungen im Zusammenhang mit einem westdeutschen Milliardenkredit für die DDR zu Irritationen bei der sowjetischen Führung.

Am 18. September 1973 wurde die DDR zusammen mit der Bundesrepublik in die Vereinten Nationen aufgenommen.

### Offensive in Afrika

Ab Mitte der 1960er Jahre wurde die DDR außenpolitisch auch in der Ausbildung von Sicherheitskräften und im Aufbau militärischer Infrastruktur, die Rüstungsexporte begleiteten, für eine Reihe von Regierungen und Revolutionsbewegungen tätig.<sup>[28]</sup> Dabei waren Anfang der 1980er Jahre mehrere Tausend Soldaten der NVA<sup>[29]</sup> vor allem als Militärberater in Afrika und dem Mittleren Osten stationiert. Die Auslandspräsenz der NVA wurde im Warschauer Pakt nur von den sowjetischen und kubanischen Auslandseinsätzen übertroffen. Echte Kampfeinsätze regulärer Truppeneinheiten wurden von der DDR vermieden, die DDR-typische Kombination von Wirtschaftspolitik mit Militär- und Infrastrukturprojekten erregte aber früh internationales Aufsehen.<sup>[30]</sup>

Die Einsätze und Rüstungsprojekte im Ausland wurden auf höchster Ebene unterstützt, um den Devisenmangel zu beheben, der ab Mitte der 70er Jahre immer schmerzhafter wurde und zu erheblichen Versorgungskrisen führte. Die Sowjetunion war auch zunehmend nicht mehr in der Lage oder willens, finanzielle Verpflichtungen der RGW-Partner abzudecken und Rohstoffe günstig zur Verfügung zu stellen. Diese Spannungen<sup>[26]</sup> bewirkten eine Neuorientierung innerhalb des RGW.

### Außenpolitischer Umbruch in den 1970er Jahren

In den 1970er Jahren fand deswegen auch eine deutliche Intensivierung und Ökonomisierung<sup>[31]</sup> der DDR-Außen- und Entwicklungspolitik<sup>[32]</sup> jenseits des RGW statt. Tauschgeschäfte mit Parallelen zum klassischen Kolonialhandel<sup>[33]</sup>, so von Waffen und Lkw aus der DDR gegen Rohkaffee und Energierohstoffe aus ausgewählten Partnerländern, insbesondere Vietnam, Mosambik, Äthiopien und Angola angestrebt. Bis heute wirkt die bedeutende Rolle von Vertragsarbeitern und der Ausbildung ausländischer ziviler und militärischer Fachkräfte<sup>[34]</sup> in den deutschen Beziehungen etwa zu Vietnam, Angola, Namibia, Mosambik und Äthiopien fort.

Die Auslandsaktivitäten waren einer erheblichen Geheimhaltung unterworfen, die Auswahl der Spezialisten fand weniger nach fachlichen<sup>[33]</sup>, als nach Sicherheits- und in Hinsicht auf eine Republikflucht – Verlässlichkeitskriterien statt. Handels- und Entwicklungskonzepte wurden so gut wie nicht öffentlich diskutiert, private Entwicklungsinitiativen waren auf kleinere kirchliche Auslandsaktivitäten reduziert<sup>[33]</sup>. Die DDR war nicht in der Lage, über den Erfahrungsaustausch der Rückkehrer theoretische Überlegungen wie propagandistische Verlautbarungen zu korrigieren und eine breitere eigenständige außenpolitische Kompetenz aufzubauen<sup>[33]</sup>.

### Mangel an außenpolitischer Debatte und Scheitern strategischer Projekte

Der Verlust der beiden ZK-Mitglieder Werner Lamberz und Paul Markowski bei einem Hubschrauberabsturz nahe Tripolis war kaum auszugleichen. Eine 1977 geplante intensive Wirtschafts- und Rüstungszusammenarbeit mit Libyen kam nicht zum Tragen<sup>[35]</sup>.

Hans-Joachim Döring konstatiert am Beispiel von Mosambik den beispielhaft gescheiterten Versuch einer breiten wirtschaftlichen Zusammenarbeit, gekennzeichnet durch utopische und mangelhaft vorbereitete Großprojekte<sup>[33]</sup> etwa beim Steinkohlebergbau. Moatize in Mosambik stellte dabei die einzige größere Kolonie von DDR-Bürgern außerhalb des RGW Auslands dar, wobei die entsandten deutschen Beschäftigten rigide abgeschottet wurden. Unter diesen Umständen habe sich auch latenter Rassismus<sup>[33]</sup> manifestiert.

## Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland

Die Bundesrepublik Deutschland hatte die DDR völkerrechtlich zu keinem Zeitpunkt anerkannt, da sie als ein Teil Gesamtdeutschlands nicht Ausland sein könne. Die Präambel des Grundgesetzes von 1949 enthielt die Aufforderung, die Einheit des deutschen Volkes in Freiheit zu vollenden. Dies war mit einer Betrachtung der DDR als Ausland unvereinbar, die Wiedervereinigung musste das politische Fernziel jeder Bundesregierung bleiben. Bis zur Ostpolitik ab 1969 erhob die Bundesrepublik einen Alleinvertretungsanspruch für das gesamte deutsche Volk. Die Bezeichnung „Deutsche Demokratische Republik“ wurde daher in der westdeutschen Öffentlichkeit bis weit in die sechziger Jahre möglichst vermieden. Man sprach stattdessen weiterhin von der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) oder nutzte umgangssprachliche Wendungen wie „Sowjetzone“, „Ostzone“ oder „Zone“<sup>[36]</sup>. Mit dem Grundlagenvertrag wurde die DDR 1973 staatsrechtlich anerkannt. Das nach wie vor besondere Verhältnis der beiden deutschen Staaten kam aber immer noch zum Ausdruck. Es gab keine Botschaften in Ost-Berlin und Bonn, sondern Ständige Vertretungen. Von Seiten der Bundesregierung waren Angelegenheiten mit DDR-Bezug nicht Sache des Auswärtigen Amtes, sondern des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen.

Es gab aus Bonner Sicht bis zuletzt nur eine deutsche Staatsbürgerschaft; jeder DDR-Bürger war automatisch berechtigt, alle Bürgerrechte der Bundesrepublik wahrzunehmen. Gerade dieses Festhalten versuchte Honecker 1980 in der Geraer Forderungen auszuhebeln und setzte als Druckmittel die Erhöhung des Zwangsumtausches ein. Für die DDR wirtschaftlich interessant war der Aspekt, dass ihre Grenze zur Bundesrepublik Deutschland für den Westen keine Staatsgrenze und daher nicht zollpflichtig war.

## Sicherheitspolitik

Schon bald nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges kam es in den neu gegründeten beiden deutschen Staaten vor dem Hintergrund des aufziehenden Kalten Krieges zur sogenannten Wiederbewaffnung, das heißt zur erneuten Einführung militärischer Strukturen. Dieser Aufbau vollzog sich in der DDR unter Anleitung der Sowjetunion und ab 1955 im Rahmen des Warschauer Paktes:

1948 entstanden mit den *kasernierten Bereitschaften* die ersten bewaffneten Einheiten nach dem Krieg. Diese wurden 1952 in die Kasernierte Volkspolizei (KVP) überführt. Am 1. März 1956 – knapp ein Jahr nach der Gründung der Bundeswehr – wurde die Nationale Volksarmee (NVA) gegründet. Beim Aufbau der Streitkräfte der DDR spielten auch ehemalige Offiziere der Wehrmacht wie auch Waffen-SS<sup>[37]</sup> eine Rolle. Sie hatten sich überwiegend bereits während der sowjetischen Kriegsgefangenschaft dem Nationalkomitee Freies Deutschland zur Verfügung gestellt.

## Sowjetische Streitkräfte in der DDR

Der Großteil der Streitkräfte in der DDR wurde mit mehr als 300.000 Soldaten durch die Sowjetunion gestellt, durch die Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD), welche aus den Sowjetischen Besatzungstruppen hervorgegangen war. Die Truppen der GSSD waren der NVA und anderen militärischen Organisationen übergeordnet. Ihre Aufgabe bestand zentral in der Sicherung der DDR gegen den Westen. Die GSSD verfügte über offensive Bewaffnung, unter anderem auch mit Atomwaffen. Einer Studie zufolge war seit den 1960er-Jahren im Kriegsfall der breite und präemptive Einsatz taktischer Nuklearwaffen in Deutschland vorgesehen.<sup>[38]</sup> Mit dem Schwenk der sowjetischen Politik unter Michail Gorbatschow erfolgte 1986 eine Abkehr von der offensiven Ausrichtung der GSSD. In der DDR jedoch sei noch in der NVA-Übung „Stabstraining 1989“ der massive Einsatz von großkalibrigen Nuklearwaffen durchgespielt worden.<sup>[38]</sup>

## Nationale Volksarmee

Die Nationale Volksarmee (NVA) war von 1956 bis 1990 die Armee der DDR. Sie bestand aus den Landstreitkräften, der Volksmarine und den Luftstreitkräften. Nach Einführung der Wehrpflicht 1962 lag die Personalstärke der NVA bei etwa 170.000 Soldaten.

Ihrem Selbstverständnis nach war die NVA in der DDR das „Machtinstrument der Arbeiterklasse“ zum Schutz und zur Sicherung der „sozialistischen Errungenschaften“ vor Angriffen von außen. Sie sollte der Verteidigung der DDR und der im Warschauer Pakt mit ihr verbündeten anderen sozialistischen Staaten gegen eine eventuelle „imperialistische Aggression“ dienen. Die NVA entwickelte sich von einer binnenorientierten, sehr stark politisch kontrollierten Parteiarmee zunehmend zu einem Instrument einer zunehmend eigenständigeren Außenpolitik.

Die SED sicherte sich durch die *Politische Hauptverwaltung* (PHV) und eine spezielle Struktur von Parteiorganisationen die politische Führung der Streitkräfte. Die Offiziere und Fähnriche waren bis auf wenige Ausnahmen Mitglieder der SED. Auch bei den Unteroffizieren wurde ein hoher Anteil an SED-Mitgliedern angestrebt.

Während ihres Bestehens waren NVA-Verbände an keinem Krieg beteiligt. Teile der NVA waren aber



Ehrenwache des Wachregimentes *Friedrich Engels* der NVA am *Mahnmal für die Opfer des Faschismus und Militarismus* (Neue Wache) in Berlin im Exerzierschritt

1968 für militärische Aktionen zur Niederschlagung des Prager Frühlings vorgesehen. Es gab Pläne, sich mit zwei Divisionen am Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die ČSSR zu beteiligen. Wegen der zu erwartenden verheerenden außenpolitischen Wirkungen – es wäre der erste Kampfeinsatz deutscher Truppen im Ausland nach dem Zweiten Weltkrieg gewesen – beschränkte man sich auf eine logistische Unterstützung der Niederschlagung des Prager Frühlings.

## Grenztruppen

Die Grenztruppen der DDR waren für die Bewachung der Grenzen der DDR zuständig. Sie wurden als Grenzpolizei 1946 aufgebaut und hatten 1948 eine Personalstärke von 10.000 Personen. 1956 wurde die Grenzpolizei der NVA als Teilstreitkraft *Grenztruppen* konzipiert. Im Rahmen des Helsinki-Abrüstungsprozesses wurde nach außen eine Selbständigkeit der Grenztruppen postuliert, um sie nicht zur regulären Heeresstärke zu zählen. Sie waren aber weiter wie die Nationale Volksarmee dem Ministerium für Nationale Verteidigung (MfNV) unterstellt und wären im Ernstfall als motorisierte Schützen eingesetzt worden. Der weitaus größte Teil der Truppen diente der Bewachung der innerdeutschen Grenze zur Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin und hier vor allem der Unterbindung von Fluchtversuchen von DDR-Bürgern in den Westen. Hierbei wurden von Angehörigen der Grenztruppen aufgrund des Schießbefehls mehrere hundert Menschen getötet. Eine Sonderstellung nahm die 6. Grenzbrigade Küste bezüglich der Sicherung der Seegrenze an der Ostsee ein.

Vergleichsweise geringe Kräfte kontrollierten die Oder-Neiße-Grenze nach Polen und die Grenze zur ČSSR.

Ab 1. Januar 1972 wurde zwischen der DDR und Polen sowie der ČSSR ein visafreier Grenzverkehr eingerichtet, der von den Bürgern der DDR rege genutzt wurde. Allein zwischen Frankfurt (Oder) und Słubice (Polen) überschritten vom 1. Januar bis 20. September 1972 exakt 2.773.612 polnische und DDR-Bürger die Grenze.<sup>[39]</sup> Auch nach Ungarn, Rumänien und Bulgarien waren Reisen relativ unkompliziert möglich. Voraussetzung dafür war, dass die einbezogenen sozialistischen Länder ihre Grenzen (einschließlich Häfen und Flughäfen) zum Westen genauso verschlossen hielten wie die DDR. Da das beispielsweise in Jugoslawien nicht der Fall war, konnten DDR-Bürger dorthin nur in den Ausnahmefällen reisen, die für westeuropäische Länder auch galten. Da die DDR-Führung die Streikbewegung und das politische Erstarken der systemkritischen Gewerkschaft Solidarność mit größter Sorge sah und ein Überschwappen auf die DDR befürchtete, wurden im November 1980 Reisen nach Polen wieder stark erschwert, notwendig war nun eine persönliche Einladung, die von den polnischen Behörden auszustellen war. Im visafreien Grenzverkehr beschränkten sich die Grenztruppen in den meisten Fällen auf die Kontrolle der Personalausweise, während die Zollorgane der DDR umso intensiver nach Ein- und Ausfuhren verbotener Waren suchten. Darunter fielen nicht nur die üblichen Waffen-, Geld- oder Rauschgiftverbote, sondern auch westliche Bücher, Zeitungen, Zeitschriften und sogar Schallplatten.

## Weitere Sicherheitskräfte

Das Wachregiment Feliks Dzierzynski war der militärische Arm des Ministeriums für Staatssicherheit. Da das Regiment offiziell nicht der Streitkräften angehörte, konnte es so trotz des Vier-Mächte-Status-bedingten Stationierungsverbots in Berlin stationiert werden. Die Mannschaften bestanden aus Wehrpflichtigen, die sich zu einem dreijährigen Wehrdienst verpflichteten und „politisch zuverlässigen“ Familien entstammten. Die Aufgaben umfasste unter anderem die Sicherung von Staats- und Parteieinrichtungen auf dem Gebiet Ost-Berlins sowie der Waldsiedlung bei Wandlitz, wo die Partei- und Staatsführung wohnte. Die Personalstärke betrug in den 1980ern etwa 10.000 Mann.

Die Kasernierte Einheiten, zu denen die VP-Bereitschaften (Bataillone) gehörten, waren eine militärische Gruppierung, die nicht zu den Dienstzweigen der Volkspolizei (VP) gehörten, aber ebenfalls dem Innenministerium unterstand (Stellvertreter des Ministers und Leiter der Hauptabteilung Bereitschaften/ Kampfgruppen). Der Schwerpunkt ihrer Ausrichtung Ende der 1960er-Jahre, die Bekämpfung hinter der Front operierender Diversions-Aufklärungsgruppen in Kriegszeiten, verschob sich immer mehr zugunsten einer Befähigung zur Aufgabenerfüllung bei der Beseitigung von „Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit“. Die Angehörigen waren Wehrpflichtig

Die Kampfgruppen der Arbeiterklasse waren eine besondere militärische Organisation, die hauptsächlich aus männlichen SED-Mitgliedern bestand und in Betrieben, staatlichen Einrichtungen, LPGs sowie Hoch- und Fachschulen organisiert waren. Die Angehörigen nahmen in ihrer Freizeit mehrmals im Jahr, meist an Freitagen oder Wochenenden, an militärischen Übungen oder Schulungen in Uniform teil, die durch VP-Offiziere angeleitet wurden. Die Kampfgruppen trugen so zur Militarisierung der DDR-Gesellschaft bei. Im Verteidigungszustand waren die Bezirkskampfkraft zur Eingliederung in die NVA-Verbände vorgesehen.

Der historisch wichtigste Einsatz der Kampfgruppen war die Absicherung des Baus der Berliner Mauer 1961. Des Weiteren wurden sie zum Beispiel zur Unterstützung der Volkspolizei mobilisiert, wenn Sowjetsoldaten mit Munition fahnenflüchtig waren. Präsenz zeigten die Kampfgruppen insbesondere bei den jährlichen Paraden zum 1. Mai.

Als Polizei und Nachrichtendienste bestanden:

- Ministerium für Staatssicherheit (MfS) (Nachrichtendienst für In- und Ausland und „militärisches Organ“)
  - Hauptverwaltung Aufklärung (DDR-Auslandnachrichtendienst und Teil des MfS, aber mit einer separaten, über eine Hauptabteilung hinausgehenden Struktur)
- Verwaltung Aufklärung (Militärischer Nachrichtendienst der NVA)
- Deutsche Volkspolizei inklusive Transportpolizei
- Zollverwaltung der DDR

## Frauen- und Familienpolitik

*Hauptartikel: Frauen- und Familienpolitik der DDR*

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie war für Frauen in der DDR selbstverständlich. Bis 1989 waren nahezu 92 Prozent der Frauen in das Erwerbsleben integriert, was eine deutlich höhere Erwerbsquote der Frauen als in der Bundesrepublik Deutschland darstellte. Allerdings waren Frauen in Leitungspositionen deutlich unterrepräsentiert. Als Gründe sind zu nennen, dass die sozialistische Frauenpolitik die wirtschaftliche Tätigkeit als Basis der weiblicher Unabhängigkeit von männlicher Herrschaft sieht und dass die DDR zu wenig Arbeitskräfte hatte.

Die Berufstätigkeit von Frauen wurde staatlich gefördert und die notwendigen Rahmenbedingungen beispielsweise durch die Versorgung mit ausreichend Kinderkrippen- und Hortplätzen und spezielle Lehr- und Studienpläne für studentische Familien geschaffen. Im Rahmen der Familienpolitik förderte der Staat Ehepaare in erster Linie, wenn sie Kinder bekamen. Dies geschah durch spezielle Kredite und eine deutliche Bevorzugung bei der Zuteilung einer eigenen Wohnung. Auch wenn die DDR ebenfalls vom so genannten Pillenknick betroffen war und die Abtreibungsregelung deutlich liberaler als im Westen war, blieben die Geburtenraten im Vergleich zur Bundesrepublik etwas höher und stiegen in den 1980er Jahren sogar wieder leicht an.

## Verwaltungsgliederung

*Hauptartikel: Bezirk (DDR)*

Seit ihrer Gründung war der Verwaltungsaufbau der DDR durch eine starke Zentralgewalt geprägt. Allerdings konstituierte die erste Verfassung von 1949 eine föderale Struktur mit den Ländern Mecklenburg, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen. Mit der Verwaltungsreform von 1952 wurden die Länder ihrer Funktion enthoben. Als neue mittlere Ebene der staatlichen Verwaltung traten 14 Bezirke an ihre Stelle. Zugleich wurde im Rahmen einer Kreisreform die Anzahl der Stadt- und Landkreise stark erhöht. 1958 wurden die Länder schließlich auch formal abgeschafft. Der Staatsrat der DDR stellte Ost-Berlin im Jahr 1961 mit den Bezirken gleich.<sup>[40]</sup> Bis zum Ende der DDR bestanden die folgenden Bezirke (bb lt. Gemeinenummer-Schlüssel bbkkgg; bb: Bezirk (numerisch); kk: Kreis (numerisch); gg: Gemeinde (numerisch)):

- Bezirk Rostock (01)
- Bezirk Schwerin (02)
- Bezirk Neubrandenburg (03)
- Bezirk Potsdam (04)
- Bezirk Frankfurt (Oder) (05)
- Bezirk Cottbus (06)
- Bezirk Magdeburg (07)
- Bezirk Halle (08)
- Bezirk Erfurt (09)
- Bezirk Gera (10)
- Bezirk Suhl (11)
- Bezirk Dresden (12)
- Bezirk Leipzig (13)
- Bezirk Karl-Marx-Stadt (14)
- Berlin (15)

*Siehe auch: Liste der Städte und Gemeinden der DDR*

## Wirtschaft

Die DDR war trotz der ihr auferlegten Reparationsleistungen an die Sowjetunion das wirtschaftlich am weitesten entwickelte Land des RGW und hatte einen höheren materiellen Standard als viele der entwickelten Staaten der Erde. Sie litt jedoch trotzdem ständig unter Devisenknappheit. Es herrschte teilweise eine Notlösungswirtschaft. Das vorherrschende Wirtschaftssystem war eine Planwirtschaft mit Fünfjahrplänen, betrieblichen Fonds und staatlichen Betrieben und Großbetrieben (Kombinate). In sehr kleinem Umfang wurden auch privatwirtschaftliche Kleinbetriebe geduldet, die nicht vollständig der Planung unterworfen waren.

### Produktion

Der erste Fünfjahrplan von 1951 bis 1955 verfolgte hauptsächlich das Ziel, die Folgen der Kriegszerstörungen, Demontagen und Reparationen zu beseitigen und die Produktion speziell der Energiewirtschaft, der Schwer- und chemischen Industrie zu steigern. 1955 existierten in der DDR noch über 13.000 Privatbetriebe, und in der Landwirtschaft war die Kollektivierung erst 1960 abgeschlossen.

1957 erreichten die Produktionszahlen der DDR die doppelte Höhe der vor dem 2. Weltkrieg auf ihrem späteren Gebiet erbrachten Leistungen. Im gleichen Jahr wurden in der DDR 213 Mio. Tonnen Rohbraunkohle gefördert (50 Prozent der Weltförderung), 32,7 Mrd. Kilowattstunden Strom produziert – etwa soviel wie Belgien, Niederlande, Dänemark und Finnland zusammen, 2,9 Mio. Tonnen Stahl (14



Bezirke der DDR und Ost-Berlin ab 1952



mal so viel wie noch 1947), in der Chemieproduktion hatte die DDR weltweit die zweithöchste Produktionsrate und war der größte Maschinenexporteur aller Ostblockstaaten, bis 1965 erreichte die Industrieproduktion etwa das fünffache des Vorkriegsstandes.

Am Anfang der 1970er-Jahre war die DDR für kurze Zeit das zehntgrößte Industrieland der Erde, gemessen an ihrer Produktionsleistung; z. B. überstieg das Pro-Kopf BIP 1980 das von Großbritannien zu damaliger Zeit. Zur Zeit der Wende nahm sie noch einen Platz unter de

fünfundzwanzig stärksten Industrienationen ein. 1972 gab es auf Beschluss des Ministerrates eine letzte Verstaatlichungswelle. Der Anteil der Privatbetriebe sank auf unter 2 Prozent.

Nationaleinkommen der DDR in MilliardenMark der DDR nach vergleichbaren Preisen (Basis 1985, S. 13):<sup>[9]</sup>

Jahr	gesellschaftliches Gesamtprodukt	produziertes Nationaleinkommen
1950	98,186	30,352
1960	240,271	79,379
1970	405,477	121,563
1980	655,212	193,644
1988	810,963	268,410

## Einkommen und Konsum

Dennoch waren in der DDR in einigen Bereichen fast immer Konsumgüter knapp. Für einen Autokauf musste man sich beispielsweise anmelden, um dann, je nach Modell, bis zu 15 Jahre warten zu müssen (zu vergleichsweise hohen Preisen). Ein „Schwarzmarkt“ wurde teilweise geduldet, so dass die Wartezeit durch Zahlung eines höheren Preises umgangen werden konnte.

Preise und Löhne wurden überwiegend staatlich festgelegt. Der einheitliche Verkaufspreis subventionierte besonders grundlegende Dinge des täglichen Bedarfs. Technische Geräte und andere Waren, die auch gegen Devisen exportiert werden konnten, waren dagegen (an der Kaufkraft der Bevölkerung gemessen) oft sehr teuer. Die Kaltmiete für eine Wohnung betrug je nach Ausstattung etwa 30 bis 120 Mark im Monat, ein Farbfernseher kostete in den 1980er-Jahren zwischen 3.500 und 6.900Mark, ein Brötchen fünf Pfennige, ein typisches Auto Trabant 10.000 Mark für den Neuwagen mit Wartezeit und 30.000 Mark ohne Wartezeit. Unter Kennern galt die Faustregel – (Doppelter Neupreis) minus (1.000 Mark pro Nutzungsjahr). 1988 besaßen bereits 55 Prozent aller Haushalte mindestens ein eigenes Auto, während es 1969 erst 14 Prozent und 1980 38 Prozent gewesen waren. Im Vergleich dazu besaßen im Jahr 1988 61 Prozent der Haushalte in Westdeutschland ein oder mehrere Autos.

Der Bau von Einfamilienhäusern wurde zunächst wegen Materialknappheit in nur engen Grenzen ermöglicht (es gab zum Beispiel Vorschriften zur verbauten Menge an Steinen und vorgeschriebene Haustypen in Abhängigkeit von der Familiengröße), erlebte aber durch den nicht ausreichenden staatlichen Wohnungsbau vor allem in den 1980er-Jahren einen gewissen Aufschwung. Beliebte waren Schrebergärten und Datschen.

Die Wohnviertel waren weniger nach Einkommensgruppen homogenisiert als heute in vielen westlichen Ländern. Angehörige verschiedener sozialer Schichten wohnten oft dicht zusammen. Allerdings wurden die Parteimitglieder und die Mitarbeiter vieler „Staatsorgane“ in bestimmten Wohngebieten durch staatliche Wohnungszuteilungen konzentriert. Das Einkommen einer Verkäuferin (mit etwa 600–800 Mark), eines Ingenieurs (etwa 500–1.200 Mark) und eines Bauarbeiters (etwa 900–1.800 Mark) unterschied sich in der Höhe und damit auch im Sparpotenzial (Residualeinkommen), die Einkommensschere klappte aber nicht so stark auseinander wie in den westlichen Industrieländern. Gefragte Handwerker verdienten nicht selten mindestens so gut wie leitende Ärzte. Man konnte diese Unterschiede im täglichen Leben an Statusgegenständen kaum ausmachen, da diese wegen dauernden Mangels kaum erhältlich waren. Sie spielten daher eine weniger beachtete Rolle (Ausnahmen waren beispielsweise Ärzte, die z. B. aufgrund von Bereitschaftsdiensten bevorzugt Telefonanschlüsse erhielten). Trotzdem gelang es vielen, die es sich leisten konnten, sich durch häufige Reisen innerhalb des Ostblocks sowie nach Kuba und teilweise durch westliche Konsumwaren aus der breiten Masse hervorzuheben.

Berufsgruppen mit erwartungsgemäß geringem Zulauf von Auszubildenden wurden besonders gefördert, die Lehrstellen- und Studienplatzvergabe wurde anhand des errechneten Bedarfs zentral geplant und über die Schulen als Lenkorgan realisiert. Die gesetzlich festgeschriebene Bildungsfreiheit war durch diese Voraussetzungen teilweise nur mit größeren Hindernissen für den Auszubildenden zu realisieren.

Die Versorgung mit knappen Gütern wie Telefonanschlüssen oder Baumaterial hing vielfach von Beziehungen oder Zufall ab, nicht selter spielte auch die jeweilige politische Einstellung eine Rolle.

## Gescheiterte Wirtschaftsreformen

Honecker leitete zu Beginn seiner Amtszeit vor allem soziale Reformen ein, die so genannte Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, die auf dem VIII. Parteitag der SED 1971 beschlossen wurde. Er ließ etwas mehr politischen und kulturellen Freiraum, womit auch die Verhandlungen um eine internationale Anerkennung der DDR befördert werden sollten, und versuchte den staatlichen Betrieben mehr Freiräume zu lassen. Honecker galt daher anfangs als Hoffnungsträger. Zugleich ließ er aber in zwei Wellen in den 1970er-Jahren bis auf Kleinhandwerker alle Betriebe verstaatlichen, indem sie gezwungen wurden, eine staatliche Mehrheitsbeteiligung zu akzeptieren.

Die erste Ölkrise in den 1970er-Jahren traf die DDR-Wirtschaft mit deutlicher Verzögerung. Anfangs profitierte die DDR sogar von der verzögerten Anpassung der Ölpreiserhöhungen im RGW-Handel, da sie über die Veredlung sowjetischen Erdöls mehr Devisen im Westen erwirtschaften konnte. In diese Zeit fällt auch die stärkste Wirtschaftsleistung der DDR und wichtige außenpolitische Erfolge und Anerkennung. Honeckers Sozialpolitik ließ die Sozialausgaben ab 1972 stärker steigen als das Nationaleinkommen (vergleichbar dem Bruttosozialprodukt). Demgegenüber kürzte die Sowjetunion aber wegen eigener wirtschaftlicher Probleme 1981/82 die Liefermengen erheblich und ließ die Ölpreise im RGW während des Ölpreissturzes 1985 weitgehend unverändert (Regelung im RGW: Durchschnittspreis der jeweils letzten fünf Jahre). Die DDR war wieder zunehmend auf die heimische Braunkohle angewiesen, Energie-, Umwelt- und Devisenproblem machten ihr zunehmend zu schaffen. Neben den bekannten Devisenbeschaffungsmaßnahmen wie den Intershops und dem sog. Zwangsumtausch wurden auch geheim gehaltene Devisengeschäfte durch den Bereich Kommerzielle Koordinierung verstärkt. Auch wurde versucht durch Rüstungsexporte, neben dem Hauptabnehmer Sowjetunion auch in Afrika und dem Mittleren Osten weitere Devisen zu erwirtschaften und (weitgehend vergeblich) außerhalb des RGWs Wirtschaftsvereinbarungen über Energierohstoffe zu erzielen. Bereits Anfang der 80er Jahre war im Westen von der notwendigen Stabilisierung der DDR die Rede, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß initiierte einen Kredit über eine Milliarde DM über die Bayerische Landesbank

Mit dem insbesondere militärisch orientierten Mikroelektronikprogramm ab 1977 zum Aufbau einer eigenen Mikroelektronikindustrie bis 1990 wurden etwa 15 Milliarden DDR-Mark investiert – die Sowjetunion nahm aber die Rüstungsprodukte ab Mitte der 1980er Jahre nicht mehr ab und die zwangsweise Umstellung auf rein zivile Produktion führte wegen der boykottbedingten mangelnden Verfügbarkeit westlicher Basistechnologien zu absurden Kostenstrukturen. Im Vergleich zur Bundesrepublik war die industrielle Infrastruktur verschlissen, die Arbeitsproduktivität gering und die Produktionsmethoden ineffizient. Die Währungsunion kurz vor der Wiedervereinigung basierte, entgegen den Ratschlägen von Fachleuten wie Karl Otto Pöhl und Alfred Herrhausen, auf einem Umtauschkurs von 1:1. Sie setzte die geschwächte DDR-Wirtschaft in direkte Konkurrenz zur Bundesrepublik, brachte die Exporte in der RGW 1990 fast zum Erliegen und trug in der Folgezeit zum Verlust vieler tausender Arbeitsplätze bei.

Das geheime „Schürer-Papier, Analyse der ökonomischen Lage der DDR“ vom 27. Oktober 1989, das zur Rettung der DDR-Wirtschaft beitragen sollte, zog die folgende Schlussfolgerung über einen funktionierenden Sozialismus:

*Insgesamt geht es um die Entwicklung einer an den Marktbedingungen orientierten sozialistischen Planwirtschaft bei optimaler Ausgestaltung des demokratischen Zentralismus, wo jede Frage dort entschieden wird, wo die dafür nötige, größere Kompetenz vorhanden ist.*

In dem Gutachten wurde ausgehend von der aktuellen Staatsverschuldung, sowohl in Mark der DDR wie auch in Devisen (49 Milliarden Deutsche Mark), sowie der voraussichtlichen Entwicklung der Rohstoff- und Weltmarktsituation eine kritische Entwicklung der Staatsfinanzen in absehbarer Zeit prognostiziert. Die in dem Papier zur Vermeidung bzw. Abschwächung dieser Situation gemachten Vorschläge kamen aber nicht mehr zur Ausführung. Da jedoch die geheimen Außenstände und Devisenreserven, die unter anderem vom Bereich Kommerzielle Koordinierung angelegt wurden, unwissentlich nicht mitberücksichtigt wurden, betrug die Auslandsverschuldung jedoch nur 20 Milliarden D-Mark.<sup>[41]</sup> Die tatsächliche Auslandsverschuldung war der Wirtschaftsführung aufgrund der DDR-internen Informationsverschleierung nicht bekannt.

## Arbeitsrecht

Typisch für sozialistische Gesellschaften war die Regelung eines einheitlichen Arbeitsrechts. Es basierte – nicht auf der Vertragsfreiheit vergleichbar nach dem BGB – sondern auf Rechten und Pflichten des Individuums gegenüber der Gesellschaft; siehe Arbeitsrecht in der DDR

## Außenhandel

Die DDR war als hochindustrialisiertes Land auf den Import diverser Waren, Nahrungsgüter und Rohstoffe angewiesen. Einkäufe auf der Weltmarkt musste sie mangels einer konvertierbaren Währung über Tauschgeschäfte oder selbst erwirtschaftete Devisen erwirtschaften und erzielte dabei zunehmende Außenhandelsvolumina (Angaben in Milliarden Valutamark, effektive Preise; S. 32):<sup>[9]</sup> Allerdings waren Devisenknappheit und Schwierigkeiten in der Rohstoffbeschaffung zum Ende der DDR ein immer drängenderes Problem, gegen das auch unkonventionelle Devisenbeschaffungsmaßnahmen nicht aushalfen.

Jahr	Außenhandels-umsatz gesamt	davon in sozialistische Länder	davon in Entwicklungsländer	davon in kapitalistische Industrieländer
1950	3,678	2,660	0,014	1,004
1960	18,487	13,799	0,791	3,897
1970	39,597	28,340	1,601	5,346
1980	120,101	79,810	7,331	32,960
1988	177,337	122,549	5,889	48,898

Die wichtigsten Außenhandelspartner waren noch vor den sozialistischen Anrainern die Sowjetunion und die Bundesrepublik Deutschland

Die vergleichsweise kleine DDR war mit einem Anteil von 11 Prozent am Außenhandel der Sowjetunion deren größter Handelspartner.

Umgekehrt betrug der sowjetische Anteil am DDR-Außenhandel 40 Prozent. Der Warenaustausch mit der Sowjetunion wuchs von 1,5 Milliarden Valutamark (1950) über 7,9 Milliarden Valutamark (1960) und erreichte einen Wert von 71 Milliarden Valutamark im Jahre 1987. Fielen in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg noch Reparationsleistungen darunter, entwickelte sich unabhängig davon ein reger Warenaustausch. Der war bedingt durch die industrielle Leistungsfähigkeit wie auch den Rohstoffbedarf der DDR. Diese war z. B. von Steinkohlelieferungen aus dem Ruhrgebiet und dem früheren Oberschlesien abgeschnitten worden und musste die technisch substituierten. Sie war im RGW – neben der heimischen Braunkohle – vor allem auf Erdöl aus der UdSSR als Basis ihrer Energiewirtschaft und chemischen Industrie angewiesen. Die Sowjetunion ihrerseits hatte einen bedeutenden Bedarf an Industrie- Konsum- und (auch militärischen) Elektronikgütern.

Mit dem Beitritt der DDR in den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW/COMECON) im Herbst 1950 wurde versucht, die Volkswirtschaften der Mitgliedsländer arbeitsteilig zu koordinieren und mit einer internationalen Spezialisierung und Kooperation Mangelerscheinungen zu beseitigen. Die DDR-Wirtschaft hatte unter anderem die Aufgabe, den Industrialisierungsbedarf der Sowjetunion zu decken. Dies betraf die Infrastruktur, landwirtschaftliche Maschinen und Transportausrüstungen, Schiffe, Reisezugwagen, Werkzeugmaschinen und Krane. Darüber hinaus lieferte die DDR über die dafür gegründete Wismut AG Uranpechblende in die UdSSR, welche für die Atomwaffenproduktion eingesetzt wurde. Der 1983 gefasste Entschluss, im Rahmen der sogenannten Mikroelektronikinitiative, die Militärindustrie und Rüstungsexporte erheblich zu erweitern, kam aufgrund der Politik Michail Gorbatschows nicht mehr zum Tragen.

15 Prozent des DDR-Außenhandelsvolumens wurden zollfrei im sogenannten Interzonenhandel mit der Bundesrepublik abgewickelt und getauscht. Die DDR ermöglichte damit Technologietransfer aus dem Westen in die Sowjetunion und konnte indirekt auch auf den westeuropäischen Markt zugreifen. In den 1970er Jahren profitierte die DDR erheblich vom Zwischenhandel mit sowjetischem Rohöl und davon abgeleiteten Chemierohstoffen und Treibstoff mit dem Westen. Wegen der über Jahre gemittelten Verrechnungspreise im RGW und erst nachträglich schrittweisen Reduktionen der Liefermengen durch die Sowjetunion wurde die Ölkrise in der DDR erst Anfang der 80er Jahre voll wirksam. Ein weiteres wichtiges Importgut, welches auch zu erheblichen innenpolitischen Krisen führte, war Kaffee.

Die Einstellung der sowjetischen Kaffeelieferungen 1954 führte zu einer der ersten DDR-Versorgungskrisen und intensiverte die Außenhandelsbemühungen. Kaffee wuchs bis in die 1970er Jahre zu einem der wichtigsten Posten im Haushaltsbudget der DDR-Haushalte heran<sup>[42]</sup>, wobei Westimporte etwa 20 Prozent des Bedarfs deckten. Während eines durch eine Missernte ausgelösten Preisanstieg 1977 empfahl Alexander Schalck-Golodkowski bereits, die DDR-Kaffeerversorgung auszusetzen, was ZK-Mitglied Werner Lamberz mit Tauschgeschäften von Rüstungsgütern gegen Rohkaffee<sup>[43]</sup>, etwa mit Äthiopiens Diktator Mengistu abzuwenden versuchte. Die dennoch notwendigen drastischen Preiserhöhungen und der Versuch, ersatzkaffeehaltige Kaffeemischungen<sup>[44]</sup> einzuführen, führten zu breiten und ungewohnt heftigen Protesten der Bevölkerung und einem erheblichen Gesichtverlust der politischen Führung.

## Technik und Wissenschaft

*Hauptartikel: Wissenschaft und Technik in der DDR*

Als Industrieland versuchte die DDR sich auf vielen industriellen und technischen Gebieten vom Westen unabhängig zu machen und ihre technischen Aufgaben im Rahmen des RGW und der „sozialistischen Integration“ zu erfüllen. Eine wesentliche Rolle sollten dabei Wissenschaftler und Techniker der DDR spielen. Auf einigen Gebieten waren erhebliche Erfolge zu verzeichnen. Die Forschung und Wissenschaft in der DDR war erheblich anwendungsorientiert und praxisbezogen.

Bekannte Wissenschaftler und Techniker der DDR

- Manfred von Ardenne (1907–1997), Erfinder
- Heinz Barwich (1911–1966), Kernphysiker
- Friedrich Behrens (1909–1980), Wirtschaftswissenschaftler
- Arne Benary (1929–1971), Wirtschaftswissenschaftler
- Klaus Fuchs (1911–1988), Physiker und Spion
- Werner Hartmann (1912–1988), Physiker und Begründer der Mikroelektronik in der DDR
- Gustav Hertz (1887–1975), Physiker
- Karl Lanius (1927), Physiker
- Sigmund Jähn (\* 1937), Kosmonaut, Jagdflieger, Physiker
- Nikolaus Joachim Lehmann (1921–1998), Mathematiker, Wegbereiter des Kleincomputers
- Jens Reich (\* 1939), Molekularbiologe, Arzt, Essayist
- Max Steenbeck (1904–1981), Physiker
- Hans-Jürgen Treder (1928–2006), Physiker
- Heinz Kautzleben (\* 1934), Wissenschaftler und Geophysiker

Weitere Personen bei Liste der Wissenschaftler, Techniker, Erfinder und Forscher der DDR

## Kultur, Bildung, Sport

### Kultur

*Hauptartikel: Kultur in der DDR*

Der Kultur wurde große Aufmerksamkeit gewidmet. Es war erklärtes Ziel, als sozialistische Kultur zur ideologischen Erziehung und Gestaltung eines sozialistischen Weltbildes beizutragen. Entsprechend streng war die Zensur.

Gab es 1957 allein 86 Theater, 40 Sinfonieorchester, 11.092 Bibliotheken, 284 Heimat- Kunst- und Naturkundemuseen, 803 Kulturhäuser 451 Klubhäuser, 6 hauptberufliche Volkskunstensembles und 3078 Kinos, so zählte man 1988 18.505 staatliche, Gewerkschafts- und wissenschaftliche Bibliotheken, 1.838 Kultur- und Klubhäuser, 962 Jugendklubs, 111 Musikschulen, 213 Theater, 88 Orchester, 808 Kinos, 10 Kabarets, 741 Museen und 117 zoologische oder Heimattiergärten (S. 318–328).<sup>[9]</sup>

Die Auftragskunst der DDR und fast sämtliche im Staatsbesitz befindlichen Kunstwerke der DDR wurden kurz vor der Wiedervereinigung vom letzten Kulturminister der DDR Herbert Schirmer aus allen Städten, Volkseigenen Betrieben, Schulen, Kulturhäusern, Pionierhäusern, Klubs etc. eingezogen und in die Burg Beeskow gebracht. Es waren 23.000 Werke, bestehend aus 1500 Gemälden, 12.000 Graphiken, 2000 Zeichnungen, aus Fotos, Plakaten, Plastiken, und Gastgeschenken an staatliche Stellen und Betriebe. Seitdem wurden diese Werke vom Kunstarchiv Beeskow verwaltet, das damit regelmäßig Ausstellungen zusammenstellt.

## Bildungswesen

### Hauptartikel: Schulsystem der DDR

1957 gab es in der DDR 10.471 allgemeinbildende Schulen (darunter 1150 Mittelschulen und 373 Oberschulen, d. h. EOS. Durch Zentralisierung und Erhöhung der Klassenzahlen wurde die Anzahl der allgemeinbildenden Schulen (POS, EOS, Sonderschulen) bis 1988 auf 5.907 gesenkt (S. 304).<sup>[9]</sup>

In der Berufsausbildung vollzog sich eine ähnliche Entwicklung. Waren es 1950 noch 1.583 Berufsschulen, zählte man 1988 noch 955 (S. 306).<sup>[9]</sup> Es war garantiert, dass jeder Schulabgänger eine Lehre annahm oder zum Studium an eine Hoch- oder Fachschule beziehungsweise an eine Universität ging. 1957 gab es 307 Fachschulen, 46 Hochschulen (darunter 6 Universitäten) und 5 Akademien. Im Jahr 1988 zählte man noch 237 Fachschulen und 53 Hochschulen und Universitäten (S. 312 f.).<sup>[9]</sup>

Das Bildungssystem der DDR war im Wesentlichen als ein einheitliches Gemeinschaftsschulsystem konzipiert, mit anschließenden tertiären Bildungseinrichtungen. Aufbauend auf der Vorschulerziehung im Kindergarten und der ab den 1950er-Jahren für alle Kinder verbindlichen zehnklassigen polytechnischen Oberschule (POS)<sup>[45]</sup> folgten

- eine zwei- bis dreijährige Berufsausbildung (Abschluss Facharbeiter)
- eine dreijährige Berufsausbildung (Facharbeiterbrief mit Abitur) oder
- eine Abiturausbildung auf der Erweiterten Oberschule (EOS). Diese begann bereits nach der 8. Klasse der POS und führte in vier Jahren zum Abitur. Erst ab Beginn der 1980er-Jahre schlossen sich zwei Jahre EOS an die Beendigung der zehnjährigen POS an.

Wesentliche Merkmale des Schulsystems der DDR waren

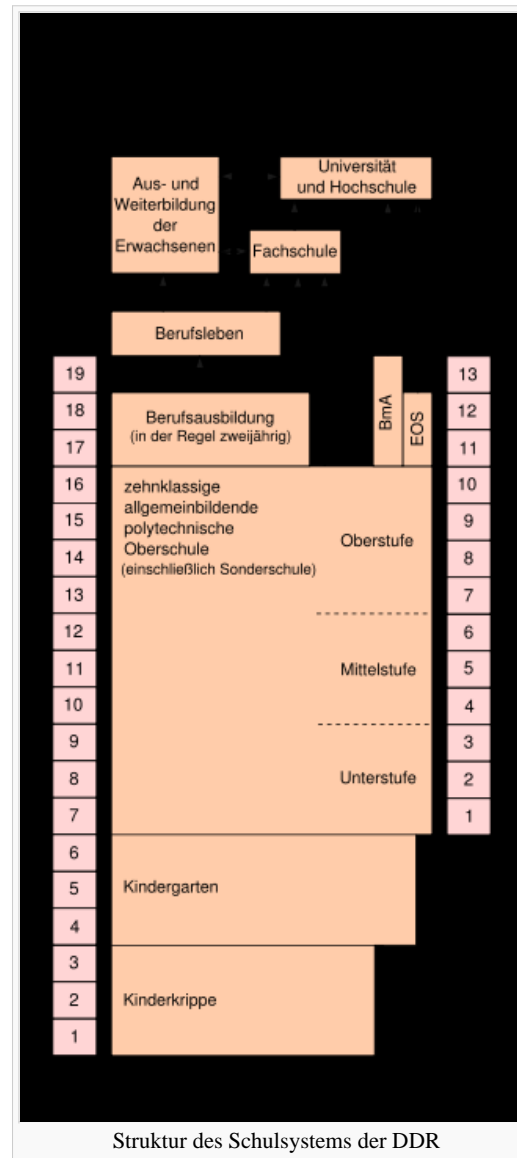
- einheitliche Bildungsinhalte für alle Kinder bis Klasse 8 (später 10) und Beginn der äußeren Differenzierung nach Klasse 10; diese Einheitlichkeit war die Grundlage der Abschlussprüfungen der 10. Klasse und des Abiturs;
- die gezielte Vorbereitung auf die spätere Arbeitswelt durch polytechnische Ausbildung und eine Schwerpunktsetzung auf die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer, während die geisteswissenschaftlichen Fächer stark ideologisch ausgerichtet waren;
- das Bemühen um eine Einheit von Bildung und Erziehung mit dem Ziel der vollständigen Integration der Absolventen in die sozialistische Gesellschaft (und geringer Toleranz für Andersdenkende).

Trotz einer Ausbildungs- und Arbeitsplatzgarantie und einem sehr hohen Anpassungsdruck auf nicht der Norm entsprechende Jugendliche gab es eine signifikante Anzahl von Ungelernten<sup>[46]</sup> und Obdachlosen in der DDR. Der Anteil der Schulabgänger mit Hochschulreife war in der DDR deutlich geringer als im Westen<sup>[47]</sup>.

## Wehrerziehung

Ab 1978 mussten Mädchen und Jungen der 9. und 10. Klasse am Wehrunterricht teilnehmen, eine Freistellung war nicht möglich, FDJ-Mitglieder mussten in Blauhemden erscheinen. Hier wurde in einem theoretischen Teil militärisches und politisches Grundlagenwissen über die NVA und die „sozialistische Landesverteidigung“ vermittelt. Wesentlicher Teil des praktischen Wehrunterrichts war ein Wehrlager für die Jungen oder ein Lehrgang für Zivilverteidigung für Mädchen sowie für Jungen, die nicht am Wehrlager teilnahmen.

Die vormilitärische Ausbildung setzte sich für alle Jugendlichen in der Berufsausbildung und an der EOS sowie im Studium fort. Die Gesellschaft für Sport und Technik (GST) trainierte nicht nur Jugendliche auf freiwilliger Basis in militärischen Sportarten, sondern war auch für einen Großteil der vormilitärischen Ausbildung für alle Jugendlichen verantwortlich.



## Sport

Der Sport nahm eine besondere Rolle im System der DDR ein. In Kindergärten und Schulen gab es sportliche Ausbildungsprogramme. Das diente einerseits der Volksgesundheit, aber bereits hier wurde auch eine systematische Talenteschau durchgeführt mit dem Ziel, Hochleistungssportler zu gewinnen. Die Ausbildung erfolgte in besonderen Sportschulen und später in Leistungszentren. Die DDR-Führung glaubte, mit den Erfolgen im Leistungssport die Anerkennung ihres Staates in den Augen der eigenen Bevölkerung und international zu verbessern. Allein bei Olympischen Spielen errangen die DDR-Sportler 1968 in Mexiko 25 Medaillen, 1972 in München schon 66 und 1988 in Seoul 102 Medaillen. Von 1986 bis 1988 brachten sie 90 Weltmeister und 77 Europameister hervor (S. 332 f.).<sup>[9]</sup> Daher setzte die DDR-Führung auch gezielt Doping ein, um die Ergebnisse zu steigern. Gefördert wurde aber auch der Breitensport. Schon Walter Ulbricht prägte den Satz: „Jedermann an jedem Ort, einmal in der Woche Sport“, bei dem später das „einmal“ durch „mehrmals“ ersetzt wurde.

Im Jahr 1988 gab es z. B. 10.674 Sportgemeinschaften mit fast 3,8 Millionen Aktiven, 159.006 Schieds- und Kampfrichtern und 264.689 Übungsleitern. Es gab 330 Sportstadien und 1.220 Sportplätze. An den Kreis- und Bezirksspartakiaden nahmen 1988 insgesamt 1.064.000 Kinder und Jugendliche teil (S. 330 f.).<sup>[9]</sup>

## Feiertage

*Siehe: Feiertage in der DDR*

## Gesellschaftliche Organisationen

Die überwiegende Mehrheit der DDR-Bürger im schulpflichtigen oder erwerbstätigen Alter war in einer oder mehreren dieser Organisationen Mitglied:

- Freie Deutsche Jugend (FDJ)
- Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) in der Liga für Völkerfreundschaft
- Deutscher Turn- und Sportbund (DTSB)
- Gesellschaft für Sport und Technik (GST)
- Volkssolidarität
- Deutscher Anglerverband (DAV)
- Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW)
- Nationales Olympisches Komitee der DDR (NOK)
- Deutscher Fußball-Verband (DFV)
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina Halle (Saale)
- URANIA – Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse
- Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter (VKSK)
- Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB)
- Kammer der Technik (KdT)
- Domowina (Bund der Sorben in der Lausitz)
- Deutsches Rotes Kreuz (DRK)
- Liga für Völkerfreundschaft
- Friedensrat der DDR
- Allgemeiner Deutscher Motorsportverband (ADMV)
- Nationaler Rat der DDR zur Pflege und Verbreitung des Deutschen Kulturerbes
- Verband der Freidenker, Anfang 1989 wiederbelebt
- Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer

## Einzelnachweise

1. ↑ Siehe dazu Deutsche Demokratische Republik#Geographie
2. ↑ Offiziell war der Staatsrat der DDR das *kollektive Staatsoberhaupt*. Protokollarisch wurde aber der Staatsratsvorsitzende als Staatsoberhaupt angesehen. 1949 bis 1960 war Wilhelm Pieck als *Präsident der DDR* Staatsoberhaupt, nach der Auflösung des Staatsrats 1990 war Sabine Bergmann-Pohl als *Präsidentin der Volkskammer* das letzte Staatsoberhaupt der DDR.
3. ↑ Als *Ministerpräsidenten der DDR* wurden Otto Grotewohl von 1949 bis 1964 sowie Lothar de Maizière 1990 bezeichnet.
4. ↑ vgl. dazu Lerche, in: Isensee/Kirchhof, *Handbuch des Staatsrechts*, Bd. VIII, § 194 Rdnrn. 45, 47; vgl. auch Klein, a.a.O., § 198, S. 560 f.
5. ↑ Wolfgang Schäuble, *Der Einigungsvertrag – Vollendung der Einheit Deutschlands in Freiheit* in: ZG 1990, S. 289 (294).
6. ↑ Zum revolutionären Charakter des Geschehens in der Schlußphase der ehemaligen DDR: Hans Hugo Klein, *Verfassungskontinuität im revolutionären Umbruch? Die Verfassung der DDR zwischen dem 7. Oktober 1989 und dem 3. Oktober 1990* in: FS für Peter Lerche, 1993, S. 459 ff.
7. ↑ Klaus Stern, *Der Staatsvertrag im völkerrechtlichen und verfassungsrechtlichen Kontext* in: ders./Bruno Schmidt-Bleibtreu (Hrsg.), *Verträge und Rechtsakte zur Deutschen Einheit*, Bd. I: Staatsvertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, 1990, S. 3
8. ↑ Alexander Fischer (Hrsg.): *Ploetz. Die Deutsche Demokratische Republik. Daten, Fakten, Analysen*, KOMET Verlag, Köln 2004, S. 265 (nach Statistischen Jahrbüchern der DDR)
9. ↑ *abcdefghijkl Statistisches Jahrbuch der DDR*, Staatsverlag der DDR Juni 1989, 1. Auflage, ISBN 3-329-00457-6
10. ↑ [http://www.uni-regensburg.de/Fakultaeten/phil\\_Fak\\_IV/Klass\\_Phil/Gruber-Dateien/Statistik2005.htm](http://www.uni-regensburg.de/Fakultaeten/phil_Fak_IV/Klass_Phil/Gruber-Dateien/Statistik2005.htm) Abschnitt „14. Neue Bundesländer“
11. ↑ Klaus Schroeder: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München 1998, S. 474. Dass Angela Merkel in der DDR eine Karriere machen konnte, lag an ihrer nicht zu leugnenden Hochbegabung und vermutlich an ihrer FDJ-Mitgliedschaft, die als eine Entscheidung für den Staat angesehen wurde. Es gab aber bis zum Ende der DDR Fälle, in denen der Übergang zur EOS wegen einer fehlenden Jugendweihe nicht ermöglicht worden ist.

12. ↑ Manfred Rexin, *Die SPD in Ost-Berlin von 1946 bis 1961*, Franz-Neumann-Archiv e.V. Berlin, Heft 5, Berlin 1989, S. 24
13. ↑ H.J. Hertle/K. Jarausch: *Risse im Bruderbund. Die Gespräche Honecker – Breshnew 1974 bis 1982* Links, Berlin 2006
14. ↑ *Parteien und politische Bewegungen im letzten Jahr der DDR, Oktober 1989 bis April 1990*Hrsg. B. Musiolek/C. Wuttke. Berlin 1991.ISBN 3-86163-004-4
15. ↑ <sup>a b</sup> Erhard Epler Kavalleriepferde beim Hornsignal. Über Sprache und Politik, 1992ISBN 3-518-11788-2
16. ↑ [1] (<http://www.mdr.de/damals-in-der-ddr/lexikon/1601457.htm>)MDR.DE | Damals in der DDR | Presse in der DDR
17. ↑ <sup>a b c d</sup> Wissenschaft und Politik in der DDR, in: Jürgen Kocka u. Renate Mayntz (Hg.), *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch*, Berlin 1998
18. ↑ Martin Sabrow (Hrsg.) *Skandal und Diktatur. Formen öffentlicher Empörung im NS-Staat und in der DDR* Wallstein Verlag, Göttingen 2004
19. ↑ (<http://www.bundestag.de/dasparlament/2006/07/beilage/004.htm>)Frank Bösch Politische Skandale in Deutschland und Großbritannien, Juni 2006 Das Parlament
20. ↑ Adolf Dresen: *Der Fall Faust (1968) – Der letzte öffentliche Theater-Skandal in der DDR*In: Freitag, 19. November 1999
21. ↑ Detlef Pollack, *Modernization and Modernization Blockages in GDR Society* in: Jarausch, Konrad, (Hrsg.): *Dictatorship as Experience: Towards a Socio-Cultural History of the GDR*. New York; Oxford 1999, S. 27–45.
22. ↑ Siehe hierzu: Peter Hilger, *Aufbruch in die Bedeutungslosigkeit? Zur Marginalisierung der Oppositionsgruppen in der DDR im Jahr der »Wende«*, Hannover 1995, S. 65, der diesbezüglich von einer „eigenständige[n] Öffentlichkeit für die DDR“ spricht.
23. ↑ Deutschlands Medien und ostdeutsche Öffentlichkeit Christoph Dieckmann Politik und Zeitgeschichte (APuZ 40/2005)
24. ↑ Übersichtswerk: Ehrhardt Neubert: *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989* BpB, 2. Aufl., Bonn 1998, ISBN 3-893-31294-3
25. ↑ MfS beim Deutschen Historischen Museum (<http://www.dhm.de/lemo/html/DasGeteilteDeutschland/JahreDesAufbausInOstUndWest/SEDStaat/ministeriumFuerStaatsicherheitBody.html>)
26. ↑ <sup>a b c</sup> "Germany (East)", Library of Congress Country Study[2] ([http://memory.loc.gov/frd/cs/germany\\_east/gx\\_appnb.html](http://memory.loc.gov/frd/cs/germany_east/gx_appnb.html))Appendix B: The Council for Mutual Economic Assistance Studie zum RGW der Library of Congress
27. ↑ William R. Smyser: *How Germans Negotiate. Logical Goals, Practical Solutions* United States Institute of Peace Press, Washington D.C. 2003
28. ↑ *The Foreign Policy of the GDR in Africa* (Cambridge Russian, Soviet and Post-Soviet Studies) (Hardcover) by Gareth M. Winrow (Author), Cambridge University Press (November 30, 1990)ISBN 978-0521380386
29. ↑ Joachim Nawrocki (<http://www.zeit.de/1980/08/Honeckers-Volksarmisten-in-Afrika-und-Na?page=1>)Die Zeit Honeckers Volksarmisten in Afrika und Nahost, Berlin, im Februar 1980
30. ↑ Hillebrand, Ernst *Das Afrika-Engagement der DDR Reihe: Münchner Studien zur internationalen Entwicklung*, Band 5, Frankfurt/M., Bern, New York, 1987. 250 S. ISBN 978-3-8204-0077-9br.
31. ↑ [http://opus.kobv.de/tuberlin/volltexte/2008/1747/pdf/doing\\_hans\\_1.pdf](http://opus.kobv.de/tuberlin/volltexte/2008/1747/pdf/doing_hans_1.pdf)Hans-Joachim Döring Diss. Entwicklungspolitik und Solidarität in der DDR, dargestellt an Beispielen der staatlichen Zusammenarbeit mit Mosambik und Äthiopien und der entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit unabhängiger Gruppen, TU Berlin 2007
32. ↑ Afrika und das andere: Alterität und Innovation Von Vereinigung von Afrikanisten in Deutschland Jahrestagung, Heike Schmidt, Albert Wirz Veröffentlicht von LIT Verlag Berlin-Hamburg-Münster, 1998ISBN 382583395X, 9783825833954
33. ↑ <sup>a b c d e f</sup> Hans-Joachim Döring: „Es geht um unsere Existenz“. *Die Politik der DDR gegenüber der Dritten Welt am Beispiel von Mosambik und Äthiopien* (Forschungen zur DDR-Gesellschaft), Christoph Links Verlag, Berlin 1999ISBN 3-86153-185-2
34. ↑ [3] (<http://www.ihk-koeln.de/Navigation/International/Markterschliessung/VietnamLaenderinformationen2003.jsp>)IHK-Länderschwerpunkt Vietnam Stand 10/2003, demnach waren über 100.000 Vietnamesen zu Arbeit, Ausbildung und Studium in der DDR, die über 10.000 Akademiker machen bis in die Gegenwart einen bedeutenden Anteil der vietnamesischen Elite aus
35. ↑ „Als die Verhandlungen in eine konkrete Phase traten, ernannte Erich Honecker das Mitglied seines Politbüros Werner Lamberz zum „Sonderbotschafter des ZK der SED“ für die Gespräche mit Gaddafi. Am 12. Dezember 1977 traf sich Lamberz mit dem libyschen Revolutionsführer. Zunächst bat er Gaddafi um die Herstellung von Kontakten zu den Befreiungsbewegungen in Tschad, Oman und Dhofar und zu Polisario in der Westsahara. Auf Bitte Fidel Castros hatte sich die DDR nämlich bereit erklärt, den von Kuba unterstützten Guerrillaorganisationen Waffen zu liefern. Außerdem, versicherte Lamberz, sei die SED-Führung einverstanden, dem libyschen Volksstaat militärische Hilfe zu gewähren. Wir sind bereit, Offiziere und Unteroffiziere, Flugzeug- und Hubschrauberpiloten, Raketen und Artilleriespezialisten und Aufklärer in der DDR od Libyen auszubilden.“ Umfangreiche Waffenlieferungen seien kein Problem. Die DDR lieferte bisher Waffen an Äthiopien, sie unterstützte mit Waffen die Befreiungsbewegungen Simbabwe, Palästinas und Namibias.“ Jochen Staadt*Libysche Hilfe für die DDR*, FAZ vom 21. April 2008, S. 5
36. ↑ Auch in den folgenden Jahrzehnten tat man sich mit der offiziellen Bezeichnung der DDR schwer, vor allem mit Hinblick auf den Widerspruch zwischen dem Wort demokratisch im Landesnamen und der politischen Wirklichkeit im Osten Deutschlands. Daher nutzten besonders konservativ und rechte Kreise den Begriff *„DDR“*. In Publikationen des Verlags Axel Springer wurde die Abkürzung DDR bis Ende der achtziger Jahre in Anführungszeichen gesetzt.
37. ↑ Buchrezension auf der WSWs.org([http://www.wsws.org/de/2001/apr2001/wehr-a21\\_prn.htm](http://www.wsws.org/de/2001/apr2001/wehr-a21_prn.htm)) von Hendrik Paul 21. April 2001 zu Joachim Lapp, *Ulbrichts Helfer*, Bernard & Graefe Verlag, Bonn 2000,ISBN 3-7637-6209-4
38. ↑ <sup>a b</sup> Neue Züricher Zeitung vom 13.09.2008, Seite 9,NZZ-Online 13.9.08 ([http://www.nzz.ch/nachrichten/international/der\\_warschauptakt\\_plante\\_den\\_nuklearen\\_ueberfall\\_auf\\_westeuropa\\_1.830358.html?printview=true](http://www.nzz.ch/nachrichten/international/der_warschauptakt_plante_den_nuklearen_ueberfall_auf_westeuropa_1.830358.html?printview=true))*Der Warschauptakt plante den nuklearen Überfall auf Westeuropa* von Hans Rühle und Michael Rühle. Bei den Autoren Hans und Michael Rühle handelt es sich um den ehemaligen Chef des Planungsstabes im Bonner Verteidigungsministerium und den Leiter des Planungsstabes der politische Abteilung der NATO in Brüssel.
39. ↑ *Märkische Oderzeitung*. Frankfurter Stadtbote 9. Januar 2008, S. 14
40. ↑ Ordnung über die Aufgaben und die Arbeitsweise der Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin und ihrer Organe (<http://user.cs.tu-berlin.de/~gozer/bln/andere/Ord-SVV.html>), Erlass des Staatsrates der DDR vom 7. September 1961 (GBI. SDr. 341, S. 3).
41. ↑ André Steiner: *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR* S. 224 f.
42. ↑ Stefan Wolle: *Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989*; Econ&List, München 1999, S. 328ff.
43. ↑ [4] (<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/10934062/492531>)Blaue gegen braune Bohnen Die Stadt Luckenwalde will den DDR-Chefideologen Werner Lamberz mit einer Erinnerungsstele würdigen ARIANE MOHL Märkische Allgemeine 22.05.2007
44. ↑ [5] (<http://www.mdr.de/barbarossa/3997134.htm>) Kosta, Rondo, Kaffeemix – Honeckers Kaffeekrise MDR.DE Sendung vom 16.01.2007
45. ↑ Schulgesetz der DDR von 1959(<http://www.verfassungen.de/de/ddr/schulgesetz59.htm>)
46. ↑ Kai Maaz (2002), *Ohne Ausbildungsabschluss in der BRD und DDR: Berufszugang und die erste Phase der Erwerbsbiographie von Ungelernten in den 1980er Jahren*. Selbstständige Nachwuchsgruppe Working Paper 3/2002. Berlin: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung ([http://www.mpib-berlin.mpg.de/de/forschung/nwg/NWG\\_maaz\\_WP3\\_2002.pdf](http://www.mpib-berlin.mpg.de/de/forschung/nwg/NWG_maaz_WP3_2002.pdf)(PDF))
47. ↑ Kai Maaz (2002), *Ohne Ausbildungsabschluss in der BRD und DDR: Berufszugang und die erste Phase der Erwerbsbiographie von Ungelernten in den 1980er Jahren*. Abbildung Seite 9 (aus SOLGA 2002). Selbstständige Nachwuchsgruppe Working Paper 3/2002. Berlin: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung ([http://www.mpib-berlin.mpg.de/de/forschung/nwg/NWG\\_maaz\\_WP3\\_2002.pdf](http://www.mpib-berlin.mpg.de/de/forschung/nwg/NWG_maaz_WP3_2002.pdf)(PDF))

## Literatur

- Karl-Heinz Rother: *Partieverfahren für Marx. Hier irrten Kurt Hager und andere.* Dietz, Berlin 1990, ISBN 3-320-01590-7.
- Gernot Schneider: *Wirtschaftswunder DDR, Anspruch und Realität* 2. Aufl. 1990, bund-Verlag, ISBN 3-7663-2190-0
- Klaus Schroeder/Steffen Alisch: *Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR 1949-1990* Hanser, München 1998, ISBN 3446193111
- Georg Fülberth: *Berlin – Bonn – Berlin. Deutsche Geschichte seit 1945.* Papyrossa, Köln 1999, ISBN 3-89438-168-X
- Stefan Wolle: *Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989.* München 1999, ISBN 3-612-26650-0
- Siegfried Wenzel: *Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben?* Das Neue Berlin, Berlin 2000, ISBN 3-360-00940-1
- Olaf Klenke: *Ist die DDR an der Globalisierung gescheitert? Autarke Wirtschaftspolitik versus internationale Weltwirtschaft. Das Beispiel Mikroelektronik.* Lang, Frankfurt am Main u.a. 2001, ISBN 3-631-38204-9
- Beate Ihme-Tuchel: *Die DDR,* Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2002 ISBN 3534147332
- Hermann Weber: *Geschichte der DDR.* area Verlag, Erfstadt 2004, ISBN 3-89996-026-2 (2. Aufl. zuerst 2000)
- Stefan Wolle: *DDR.* Fischer, Frankfurt am Main 2004, ISBN 3-596-16122-3.
- André Steiner: *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR.* DVA, München 2004, ISBN 3-421-05590-4
- Hermann Weber: *Die DDR 1949-1990* Oldenbourg, 4. Aufl., München 2006 ISBN 3486579282
- Ulrich Mählert: *Kleine Geschichte der DDR.* C. H. Beck, 5. Aufl., München 2007, ISBN 3-406-47550-7.
- Christian Härtel, Petra Kabus (Herausgeber): *Das Westpaket – Geschenksendung, keine Handelsware.* 2. Auflage, Christoph Links Verlag, Berlin 2001, ISBN 3-86153-221-2
- Inga Markovits: *Gerechtigkeit in Lüritz – Eine ostdeutsche Rechtsgeschichte.* Verlag C. H. Beck, München 2006, ISBN 3-406-55054-1.

## Quellentexte

- Dokumente der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) für den Zeitraum von 1945 bis 1990 ([http://www.documentarchiv.de/ddr/ddr\\_main.htm](http://www.documentarchiv.de/ddr/ddr_main.htm)) bei dokumentarchiv.de
- Dokumente zum Staats- und Verwaltungsrecht der Deutschen Demokratischen Republik (<http://www.verfassungen.de/de/ddr/ddr-leiste.htm>) bei verfassungen.de
- Dokumente Oppositioneller Bewegungen der DDR ab 1989(<http://www.ddr89.de>)
- *06.04.1968: Referendum zur DDR-Verfassung* mdr.de (<http://www.mdr.de/mdr-info/4323473.htm>)

## Siehe auch

📖 **Portal: DDR** – Übersicht zu Wikipedia-Inhalten zum Thema DDR

## Weblinks

📷 **Commons: DDR** ([http://commons.wikimedia.org/wiki/Category:German\\_Democratic\\_Republic?uselang=de](http://commons.wikimedia.org/wiki/Category:German_Democratic_Republic?uselang=de)) – Bilder, Videos und Audiodateien

📖 **Wikisource: DDR Recht** – Quellentexte

📖 **Wiktionary: DDR** – Bedeutungserklärungen, Wortherkunft, Synonyme, Übersetzungen und Grammatik

🗉 **Wikiquote: DDR** – Zitate

- Das Parlament, Nr. 34–35/22. August 2005 (<http://www.bundestag.de/dasparlament/2005/34-35/Kehrseite/003.htm>) : Kurzer Rückblick (mit Zitaten) zur DDR-Staatsauflösung
- Zusammenfassung der Wendeereignisse(<http://www.chronikderwende.de/>)
- Die DDR im WWW. Fakten, Daten, Berichte(<http://www.ddr-im-www.de/>)
- Biografien aus der DDR (<http://www.ddr-biografien.de/>)
- Erinnerung und Dokumente an einen vergangenen Staat(<http://www.ddr-geschichte.de/>)
- DDR- (<http://www.ddr-wissen.de/>) Wiki
- TV-Doku mit Geschichtendatenbank(<http://www.damals-in-der-ddr.de/>)
- DDR-Fotoarchiv mit 70.000 s/w-Aufnahmen aus der DDR von 1949 bis 1973(<http://www.ddr-fotos.de/>)
- Alltagsgegenstände in der DDR (<http://www.ostalgie-museum.de/frame.htm>)
- Dissertation zu Wohnen und Alltagskultur in der DDR(<http://margarete.meggle-freund.de/content/view/15/53>)
- madeinddr.de (<http://madeinddr.de/gdrsite/>) – Informationen zum DDR-Alltag

Von „[http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche\\_Demokratische\\_Republik](http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Demokratische_Republik)“

Kategorien: Deutsche Demokratische Republik| Historisches Territorium (Deutschland)| Historischer Staat (Europa)

Wartungskategorie: Wikipedia:Überarbeiten

- Diese Seite wurde zuletzt am 30. Oktober 2008 um 18:56 Uhr geändert.
- Der Text steht unter der GNU-Lizenz für freie Dokumentation
- Wikipedia® ist eine eingetragene Marke der Wikimedia Foundation Inc.